

Twenty Years After: Sozial- und wirtschaftspolitische Einstellungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich

Kai Arzheimer

1 Einleitung und Fragestellung

Als Oscar W. Gabriel 1986 seine breit angelegte Studie zum Wandel der deutschen politischen Kultur in der vorangegangenen Dekade vorlegte, schienen sich die großen Verteilungskonflikte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts weitgehend erledigt zu haben. Im Mittelpunkt der Monographie (Gabriel, 1986) stehen deshalb die dramatischen Entwicklungen hin zu einer auf Partizipation und Anerkennung basierenden politischen Kultur, die oft unter dem Schlagwort „post-materialistischer Wertewandel“ (Inglehart, 1977) zusammengefasst werden und ihren augenfälligsten Niederschlag im Aufstieg der Neuen Sozialen Bewegungen (Rucht, 1994) und der Partei der Grünen (Falter und Klein, 2003) finden.

Deren vor allem in der Anfangszeit fundamentale Kritik an den ökologischen Folgen der Industrialisierung sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass materielle Fragen keineswegs jegliche Bedeutung verloren hatten. Vielmehr war – ganz im Sinne Ingleharts – der in den vorangegangenen Jahrzehnten erworbene massenhafte Wohlstand gerade die Voraussetzung für den von Gabriel beschriebenen Wandel der Einstellungen und Verhaltensweisen. Dementsprechend konstatiert Gabriel einen weitverbreiteten Wunsch nach einer Reform des politischen Systems der Bundesrepublik, findet aber kaum Hinweise auf revolutionäre Tendenzen oder den Wunsch nach einer dramatischen Umgestaltung des Wirtschafts- und Sozialsystems. Auch in einer zusehends heterogeneren und post-materialistischeren Gesellschaft stiftete die Kombination aus demokratischen Institutionen und einem konservativ-korporatistischen Sozialsystem (Esping-Andersen, 1990) weiterhin in großem Umfang Legitimität und Identität.

Als sich nur vier Jahre nach dem Erscheinen von Gabriels Buch der Eiserne Vorhang öffnete und die Mehrzahl der Staaten Ost- und Mitteleuropas damit begann, liberal-demokratische Institutionen aufzubauen, schien sich diese aus der Perspektive der westlichen Systeme optimistische Sichtweise zunächst weiterhin zu bestätigen. Auch in der DDR forderten die Menschen Freiheit *und* Wohlstand. Die spezifisch deutsche Form der Transformation, also die Übernahme des westdeutschen Rechts-, Sozial- und Wirtschaftssystems durch die DDR noch vor deren Auflösung und dem Beitritt der neugebildeten Länder zum Bund, entsprach nicht nur den Präferenzen der westdeutschen Eliten, sondern auch den Wünschen der meisten Ostdeutschen.

Schon bald nach der Wiedervereinigung zeigten sich jedoch (aus westdeutscher Sicht) in Ostdeutschland unerwartete Probleme, die zuerst in den von Oscar Gabriel mitherausgegebenen Berichtsbänden der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den Neuen Bundesländern (vor allem Gabriel, 1997) dokumentiert und später auf Grundlage der Daten eines von Gabriel mitverantworteten DFG-Projektes weiter analysiert wurden (u. a. Falter, Gabriel und Rattinger, 2000, 2005; Rattinger, Gabriel und Falter, 2007).

Im Bereich des Wirtschafts- und Sozialsystems unterschieden sich die

Präferenzen der Ostdeutschen deutlich und über die Zeit hinweg stabil von denen der Westdeutschen. Die neuen Bundesbürger befürworteten stärkere Eingriffe der Regierung in die Wirtschaft, schrieben dem Staat eine größere Verantwortung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu und forderten generell einen Ausbau staatlicher Leistungen (Arzheimer und Klein, 2000; Arzheimer und Rudi, 2007). Eine respektable Minderheit der ostdeutschen Befragten war zudem der Meinung, der Sozialismus sei im Grunde eine gute Idee, die in der DDR nur schlecht umgesetzt worden sei, während eine deutlich kleinere Gruppe sogar der Aussage zustimmte, dass die guten Seiten der DDR in der Summe deren schlechte Seiten überwogen hätten (für einen umfassenden Überblick zur bis heute anhaltenden DDR-Nostalgie siehe Neller, 2006).

Zugleich äußerte die überwältigende Mehrheit der früheren DDR-Bürger Zustimmung zur Demokratie als allgemeiner Staatsidee und zu demokratischen Grundprinzipien – eine spezifisch ostdeutsche Melange, die als „Modell des demokratischen Sozialismus“ bezeichnet wurde (Fuchs, 1997). Aus heutiger Sicht mag diese eingängige Bezeichnung allerdings etwas zu plakativ erscheinen, da dieses in den neuen Ländern dominierende Einstellungsmuster auch mit dem relativ stark ausgebauten Sozialstaat skandinavischer Prägung kompatibel ist.

Zudem wurde schon Mitte der 1990er Jahre darauf hingewiesen, dass auch in Westdeutschland die Ansprüche an den Sozialstaat im internationalen Vergleich durchaus hoch sind. Der wesentliche Unterschied zwischen beiden Landesteilen bestand damals darin, „dass die Bürger in den neuen Ländern diese Ansprüche relativ stärker einfordern“ (Roller, 1998, S. 91)

In der Literatur wurden diese über die Zeit recht stabilen Ost-West-Differenzen plausibel auf Sozialisationseffekte zurückgeführt (z.B. Arzheimer und Klein, 1997, 2000). Immerhin waren seit 1949 zwei Generationen (differenzierter dazu: Fulbrook, 2006) unter einem zunächst von der westlichen Welt weitgehend isolierten Regime aufgewachsen, dessen erklärtes Ziel es vor allem in den Anfangsjahren gewesen war, unter kontrollierten Bedingungen einen „neuen Menschen“ zu schaffen (Ohse, 2006, S. 217). Dass diese Erfahrung die politischen Einstellungen der ehemaligen DDR-Bürger auch nach der Wiedervereinigung weiter prägen würde, schien weitgehend selbstverständlich. Entscheidend für das Tempo und den Grad der Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschen sollte deshalb in erster Linie die Entwicklung der jüngeren, d. h. nach 1980 geborenen Kohorten zu sein, die wenige oder keine bewussten Erinnerungen an die DDR hatten und unter gesamtdeutschen Bedingungen sozialisiert wurden.

Diese Argumentation übersieht allerdings zwei wichtige Faktoren (Arzheimer und Rudi, 2007): Zum einen wurden zwar nach 1990 Institutionen nach Ostdeutschland importiert, Gesetze, Lehrpläne und das Mediensystem nach westlichen Standards gestaltet und im erheblichen Umfang auch Eliten ausgetauscht. Sozialisation findet aber nach wie vor auch in Familien statt, wo die Eltern- und insbesondere auch die Großelterngeneration ihre Überzeugungen, Erfahrungen und Deutungsangebote an die Jüngeren weitergibt. Zum anderen sind auch mehr als zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung die Lebensbedingungen in Deutschland keineswegs einheitlich: Im Mittel ist Ostdeutschland nach wie vor ärmer und weniger produktiv als Westdeutschland.¹ Selbst bei jüngeren Ostdeutschen ist deshalb nicht notwendigerweise eine schnelle Annäherung an

¹Hinzu kommt, dass die neuen Länder durch die erhebliche Binnenwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen (insbesondere junger Frauen) und den fehlenden Zuzug von Migranten deutlich weniger heterogen, männlicher und älter sind als die alte Bundesrepublik.

die aus dem Westen vertrauten Muster zu erwarten.

Und selbst diese Muster sind möglicherweise keineswegs so stabil und eindeutig, wie man in der Vergangenheit angenommen hat. So deuten die Zeitreihen des Allensbacher Instituts für Demoskopie darauf hin, dass mit dem Wegfall einer erkennbaren kommunistischen Bedrohung der Wert der Freiheit zugunsten des Wertes der Gleichheit an Bedeutung verloren hat (Noelle-Neumann und Köcher, 1997). Auch das Scheitern der Regierung Schröder II an den von ihr initiierten Sozial- und Arbeitsmarktreformen (Holtmann, 2009), die bundesweite Ausbreitung der Linkspartei (Hough, Koß und Olsen, 2007) und die nach dem Wahldebakel von 2005 initiierte Sozialdemokratisierung der Unionsparteien (Zolleis und Bartz, 2010, S. 56-60) geben deutliche Hinweise darauf, dass sich auch in Westdeutschland viele Bürger einen starken und aktiven Staat wünschen, der steuernd in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eingreift.

Im sozialen und ökonomischen Bereich gibt es ebenfalls deutliche Hinweise auf eine Annäherung zwischen Ost und West. So haben einige frühere Zentren der deutschen Schwerindustrie (z. B. Bremerhaven und Gelsenkirchen) mit Problemen zu kämpfen, die denen vieler Kommunen in den neuen Ländern mindestens ebenbürtig sind, während sich einige wenige ostdeutsche Gebiete (z. B. der Großraum Dresden) zu regelrechten Boomregionen entwickelt haben. Zugleich signalisieren politische Innovationen der letzten Jahre wie der Einstieg in die Ganztagsbeschulung in den westdeutschen Ländern, die Einführung des Elterngeldes (durch eine Ministerin von der CDU) sowie der massive Ausbau der Tagesbetreuung, dass die Idee der Hausfrauenehe, die bis vor kurzem ein zentraler Bestandteil des (west)deutschen Sozialstaatsmodells war (Gottschall und Bird, 2003, S. 116-120), auch im Westen an Rückhalt verliert.²

Durch den Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 sollten sich diese Annäherungstendenzen noch verstärkt haben. Noch vor wenigen Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass eine liberal-konservative Bundesregierung im großen Maßstab Banken verstaatlicht. Die einstige Lieblingsforderung der Gegner eine „neoliberalen“ Globalisierung nach einer Regulierung der Kapitalmärkte und der Einführung einer Steuer auf Finanzgeschäfte ist inzwischen (unilaterale) Regierungspolitik.³ Weite Teile der Bevölkerung stehen dem internationalen Finanzsystem höchst kritisch gegenüber und fürchten um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und Ersparnisse.

Im Ergebnis sollte die aktuelle Krise zu einer Annäherung in den wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen von Ost- und Westdeutschen führen und stellt damit eine Art natürliches Experiment dar, das ein Schlaglicht auf die Bedeutung von Situation und (regionaler) Sozialisation für einen zentralen Bereich politischer Einstellungen wirft. Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, vor diesem Hintergrund einen Überblick über das Ausmaß und die politische Bedeutung der nach wie vor bestehenden Ost-West-Unterschiede in den Einstellungen zum Sozialstaat zu geben.

²Auch heute noch sind die (Vollzeit)erwerbsquote von Müttern mit Kindern unter 14 Jahren in den neuen Ländern erheblich höher als die Vergleichszahlen für Westdeutschland (Schreiber, 2010, S. 150).

³Vgl. z. B. die Online-Ausgabe der Zeit vom 22.06.12, <http://www.zeit.de/wirtschaft/boerse/2012-06/finanztransaktionssteuer-schaeuble-fekter>.

2 Analyse

2.1 Daten und Methode

Die Daten, die in diesem Beitrag verwendet werden, stammen aus der vierten Welle des European Social Survey und sind in mehrfacher Hinsicht besonders gut geeignet, die in der Einleitung skizzierte Forschungsfrage zu beantworten. Erstens fällt die Feldphase der deutschen ESS-Befragung (September 2008 bis Januar 2009) mit der ersten Phase der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise zusammen. Wenn es die vermutete Annäherung zwischen Ost und West gibt, sollte dies in den Daten sichtbar werden. Zweitens ist in der vierten Welle des ESS ein umfangreiches Modul zum Thema „Welfare Attitudes in Changing Europe“ enthalten, das eine Vielzahl von Items enthält, die exakt auf die hier untersuchte Fragestellung zugeschnitten sind. Drittens schließlich gilt der ESS als Referenzstudie mit einer besonders hohen Datenqualität.

Aus verschiedenen Gründen wurden für die einzelnen Items im Datensatz je unterschiedliche Skalen verwendet. In einigen Fällen handelt es sich um Ratingskalen mit nur vier Ausprägungen („überhaupt nicht wahrscheinlich, nicht sehr wahrscheinlich, wahrscheinlich, sehr wahrscheinlich“), während bei anderen Items fünfstufige Skalen zum Einsatz kamen („lehne stark ab“ – „stimme voll zu“). Eine dritte Gruppe von Items verwendet elfstufige numerische Skalen mit verbalen Endpunkten (z. B. „0 = äußerst gut“ bis „10 = äußerst schlecht“). In einigen wenigen Fällen schließlich (z. B. Schätzung der Arbeitslosenquote) wurde den Befragten eine Reihe von Intervallen vorgelegt, deren oberstes nach rechts offen war („ x Prozent oder mehr“).

Items der ersten beiden Typen werden mit logistischen Modellen für ordinale Daten analysiert, während für die letztgenannten Items Intervallregressionen geschätzt werden, die berücksichtigen, dass die genaue Antwort des Befragten nicht bekannt ist. Für die elfstufigen Skalen werden lineare Regressionsmodelle berechnet.

Alle Modelle (zur Erklärung von Erwartungen an den Staat, zur Beurteilung von Systemleistungen, zur Wahrnehmung von sozialen Risiken, zu den nicht-intendierten Folgen der Sozialpolitik sowie zur Belastbarkeit des Sozialsystems) enthalten die gleichen potentiellen Erklärungsfaktoren, die jeweils mit der Regionalvariablen interagiert wurden. Dabei handelt es sich zunächst um die soziale (Berufs-)klasse, die nach wie vor einen erheblichen Einfluss auf die politischen Einstellungen hat. Diese wird durch eine vereinfachte⁴ Variante des bekannten Goldthorpe-Schemas (Erikson, Goldthorpe und Portocarero, 1979) erfasst, die auf den nach ISCO88 kodierten Berufen der Befragten basiert. Als Referenzkategorie wird jeweils die „obere Dienstklasse“ verwendet.

Eine zweite⁵ wichtige Variable ist die formale Bildung, die hier auf drei Kategorien reduziert wird, wobei die Ausprägungen „hoch“ als Referenzkategorie dient.⁶ Wie alle anderen Variablen steht „Bildung“ hier stellvertretend für ein

⁴Im ESS ist die Zahl der Unterbenen nicht erhoben. Im Ergebnis ist es deshalb nicht möglich, zwischen großen und kleinen Selbständigen zu unterscheiden. Da die absolute Zahl der Selbständigen aber ohnehin gering ist, ist dies wenig problematisch.

⁵Formale Bildung und Berufsklasse sind in beiden Regionen eng, aber keineswegs perfekt miteinander assoziiert, so dass es sinnvoll ist, beide Variablen simultan zu betrachten.

⁶Die Vielzahl europäischer Bildungsabschlüsse wird im ESS durch eine harmonisierte siebenstufige Skala abgebildet. Die ersten drei Stufen werden hier als „niedrige“, die oberen drei Stufen als „hohe“ formale Bildung betrachtet.

komplexes Bündel von Interessenlagen und Wertorientierungen, die die Haltung gegenüber sozialpolitischen Fragen beeinflussen können.

Lebenszyklus- bzw. Kohorteneffekte – beide lassen sich mit Querschnittdaten naturgemäß nicht separieren – werden über eine Trichotomisierung des Geburtsjahres operationalisiert. Der im folgenden als „Vorkriegsgeneration“ bezeichnete Referenzgruppe der vor 1940 Geborenen stehen die (sehr weit gefasste) „Nachkriegsgeneration“ sowie die Gruppe der ab 1980 geborenen Befragten gegenüber, die im wesentlichen gesamtdeutsch sozialisiert wurden.

Zu diesen im wesentlichen statischen Kategorien kommen zwei Variablen, die für die Fragestellung relevante situative Faktoren abbilden. Eine erste Dummyvariable erfasst, ob der bzw. die Befragte in den letzten fünf Jahren wenigstens einmal für eine Phase von mindestens drei Monaten arbeitsuchend war. Diese Kategorie ist trennschärfer als die aktuelle Arbeitslosigkeit, weil sie einerseits kürzere Episoden, die durch einen Umzug oder den Wechsel des Arbeitgebers bedingt sein können, ausblendet, andererseits aber der Tatsache Rechnung trägt, dass ein Bruch in der Erwerbsbiographie wirtschaftliche, soziale und psychologische Folgen hat, die über das Ende der jeweiligen Episode hinausgehen.

Von ähnlicher Bedeutung ist die Frage, ob im Haushalt Kinder leben: Befragte mit jüngeren Kindern sind auf Schulen und Betreuungseinrichtungen angewiesen, Befragte, die mit erwachsenen Kindern zusammenleben, unterstützen diese häufig finanziell oder sind selbst auf deren Hilfe angewiesen. In jedem Fall ist davon auszugehen, dass die Anwesenheit von Kindern im Haushalt die Einstellungen zum Sozialstaat beeinflusst.

Eine letzte wichtige Variable ist das Geschlecht der Befragten. In kaum einem anderen Politikfeld sind Genderfragen – hier repräsentiert durch den kruden Indikator des biologischen Geschlechts – von so zentraler Bedeutung wie in der Sozialpolitik: Geschlechterrollen und geschlechtsspezifische Wertvorstellungen sind zugleich Grundlage, Rahmen und Produkt sozialpolitischer Massnahmen. Insbesondere werden Männer und Frauen gerade im Bereich der Kindererziehung in je unterschiedlicher Weise zu Adressaten sozialpolitischer Leistungen und Massnahmen.⁷ Deshalb wurde hier eine zusätzliche Interaktion in die Modelle aufgenommen.

Aufgrund der zahlreichen Interaktionen und der in einigen Modellen enthaltenen nicht-linearen Effekte ist die inhaltliche Bedeutung der geschätzten Koeffizienten nicht immer einfach einzuschätzen. Für die inhaltliche Interpretation wird deshalb soweit wie möglich auf erwartete Werte bzw. geschätzte Wahrscheinlichkeiten zurückgegriffen (King, Tomz und Wittenberg, 2000; Long und Freese, 2001).

2.2 Ergebnisse

2.2.1 Erwartungen an den Staat und „Soziale Gerechtigkeit“

Tabelle 1 zeigt die Koeffizientenschätzungen für die beiden ersten Modelle zur Erklärung von Erwartungen der Bürger an den Staat. Gefragt war, ob der Staat dafür verantwortlich solle, „einen Arbeitsplatz für jeden sicherzustellen, der arbeiten will“ bzw. „ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten für berufstätige Eltern sicherzustellen“. Ein Antwortwert von 0 bedeutet dabei, dass der Staat

⁷Besonders deutlich zeigt sich dies bei den Alleinerziehenden, von denen rund 90 Prozent Frauen sind.

	Arbeitsplätze	Betreuungsplätze
Ostdeutschland	2.305***	1.066***
untere Dienstklasse	0.772*	-0.180
einfache Angestellte	0.684*	-0.311*
Fach-/Vorarbeiter	1.128***	-0.137
einfache Arbeiter	1.341***	-0.106
Selbständige	0.670*	-0.299
Ost: untere Dienstklasse	-0.698	0.261
Ost: einfache Angestellte	-0.064	0.486
Ost: Fach-/Vorarbeiter	0.009	0.416
Ost: einfache Arbeiter	-0.434	0.329
Ost: Selbständige	0.100	0.252
einfache Bildung	0.452	-0.114
mittlere Bildung	0.701**	0.042
Ost: einfache Bildung	0.829	0.140
Ost: mittlere Bildung	-0.186	-0.024
Nachkrieg	-0.055	0.597***
1980+	0.450	0.969***
Ost: Nachkrieg	-0.250	-0.224
Ost: 1980+	-1.225**	-0.573*
männlich	-0.304	-0.409**
Ost: männlich	-0.349	0.082
Arbeitslosigkeit (5J)	0.538***	0.407**
Ost: Arbeitslosigkeit (5J)	-0.134	-0.246
Kind im HH	0.471*	0.249
Ost: Kind im HH	-0.420	-0.462**
männlich: Kind im HH	-0.701*	0.072
Ost/männlich: Kind im HH	0.320	0.455
Konstante	4.543***	7.337***
<i>N</i>	2363	2357
Adj. R ²	0.130	0.102
∅ Ost-West	1.358	1.070

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$; robuste Standardfehler, Bundesländer als Cluster

Tabelle 1: Erwartungen der Bürger an den Staat

dafür „überhaupt nicht verantwortlich sein sollte“, während ein Wert von 10 dafür steht, dass der Staat als „voll und ganz verantwortlich“ gesehen wird.

Die Referenzkategorie für diese und alle folgenden Modelle bilden die westdeutschen Frauen der Vorkriegsgeneration, die der oberen Dienstklasse angehören, über einen höheren Bildungsabschluss verfügen, ohne Kinder leben und in den letzten fünf Jahren nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Für sie wird für das erste Item ein Skalenwert von 4.5, also im leicht ablehnenden Bereich geschätzt.

Sehr stark ausgeprägt ist mit 2.3 Skalenpunkten der Unterschied zwischen dieser Gruppe und ihrem ostdeutschen Pendant, die im Mittel dieser Aussage eher zustimmt. In den übrigen Berufsklassen fallen die Differenzen etwas weniger dramatisch aus, wie an den fast durchgehend negativen Interaktionen zwischen Region und Klasse abzulesen ist. Darüber hinaus sind in Westdeutschland alle anderen Klassen deutlich etatistischer eingestellt als die obere Dienstklasse. Situative Faktoren wie Episoden von Arbeitslosigkeit und das Zusammenleben mit Kindern erhöhen bei westdeutschen Frauen die Zustimmung um rund eine halben Skalenpunkt. Im Osten fällt dieser Effekt etwas schwächer aus. Bei westdeutschen Männern hat die Anwesenheit von Kindern hingegen einen deutlich negativen Einfluss auf die Bewertung des Items, während bei ostdeutschen Männern nur ein schwacher negativer Effekt zu erkennen ist.

Durch die Vielzahl der Interaktionen sind die Koeffizienten nicht einfach zu interpretieren. Hier und bei den folgenden Modellen wird deshalb auf zwei Hilfsmittel zurückgegriffen, die die inhaltliche Interpretation der Modellschätzungen erleichtern. Zunächst ist in der untersten Zeile der Tabelle der „Average Marginal Effect“ (AME, Bartus 2005) der Regionszugehörigkeit eingetragen. Dieser beträgt hier 1.4 Skalenpunkte und ergibt sich aus der über alle tatsächlich befragten Personen gemittelten Schätzung des Ost-West-Effekts.⁸ Er entspricht damit der Differenz zwischen beiden Landesteilen, die auf Grund der Modellschätzung zu erwarten wäre, wenn sich Ost und West in der Zusammensetzung der Bevölkerung nicht unterscheiden würde, also beispielsweise der Arbeiteranteil und die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland nicht höher wären als im Westen.

Darüber hinaus zeigt Abbildung 1 die erwarteten Werte, die vom Modell für die verschiedenen Gruppen geschätzt werden. Auf diese Weise lässt sich die inhaltliche Bedeutung der Ost-West-Unterschiede auch in Relation zu den übrigen Effekten recht gut einordnen.⁹ Alle weiteren Grafiken sind analog zu Abbildung 1 aufgebaut.

Aus Abbildung 1 geht klar hervor, dass sich bezüglich der Eingriffe der Regierung in das Wirtschaftsleben auch rund zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung die Präferenzen von Ost- und Westdeutschen klar unterscheiden. Während *innerhalb der beiden Regionen* so gut wie keine signifikanten Unterschiede zwischen den sozialen Gruppen bestehen, unterscheiden sich trotz der oben skizzierten möglichen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise *innerhalb der Gruppen* Ost- und Westdeutsche zumeist sehr deutlich: Im Mittel geben Westdeutsche eine eher ablehnende oder neutrale Antwort, während Ost-

⁸Dieser Wert ist äquivalent zum Mittelwert der mit der Gruppengröße gewichteten gruppenspezifischen Regionaleffekte bzw. zu dem Ost-West-Effekt, der ohne die Interaktionsterme geschätzt würde.

⁹Die 95%-Konfidenzintervalle basieren auf den für die jeweiligen Gruppen berechneten Average Marginal Effects.

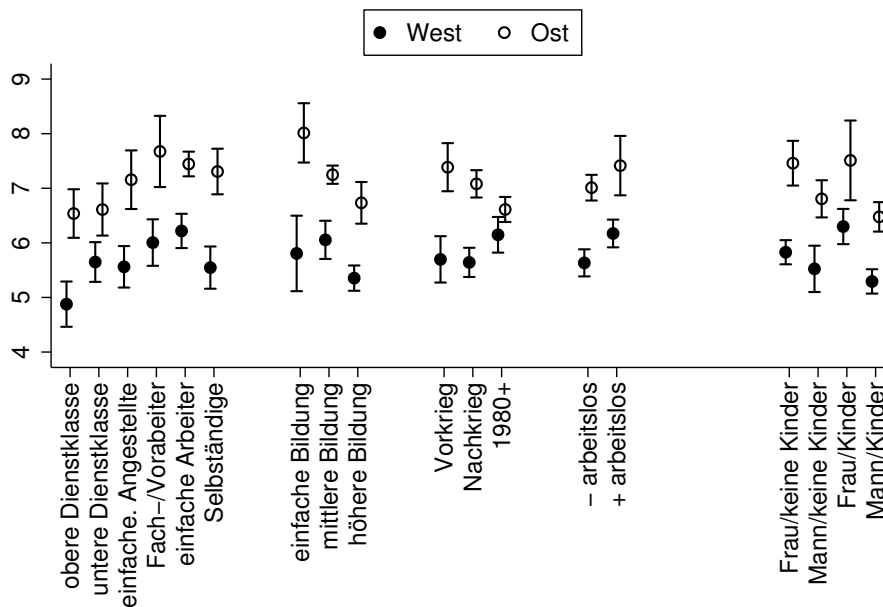


Abbildung 1: Erwartete Werte für ausgewählte Gruppen: Staat für Arbeitsplätze verantwortlich (1 = „auf keinen Fall“; 11 = „voll und ganz“)

deutsche in der Tendenz für eine aktivere Rolle des Staates in der Arbeitsmarktpolitik eintreten. Dies gilt fast unabhängig davon, ob die Befragten selbst direkt von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Zusammengenommen deuten diese Befunde auf starke Sozialisierungseffekte hin. Zugleich gibt es allerdings einen Hinweis auf eine Annäherung zwischen beiden Regionen: In den jüngsten, d. h. nach 1980 geborenen Altersgruppen unterscheiden sich die Erwartungen an den Staat nicht signifikant.

Ein zweites Item, das die Zuschreibung von Staatsaufgaben messen soll, bezieht sich auf die Verantwortlichkeit für die Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten für berufstätige Eltern. Auch hier sind in den meisten sozialen Gruppen deutliche und häufig auch statistisch signifikante Unterschiede zwischen Ost und West zu verzeichnen. Die mittlere Differenz zwischen beiden Regionen beträgt einen Punkt auf der elfstufigen Ratingskala. Zugleich treten hier allerdings auch einige erkennbare Differenzen innerhalb der alten Bundesländer auf. Diese betreffen vor allem den (unter Kontrolle aller übrigen Faktoren signifikanten) Kontrast zwischen Männern, die ohne Kinder leben, und Frauen mit Kindern im Haushalt sowie die Differenz zwischen der westdeutschen Vorkriegsgeneration und den jüngeren Altersgruppen.

Dabei sollte allerdings nicht übersehen werden, dass für alle hier betrachteten Gruppen der mittlere erwartete Wert im zustimmenden Bereich liegt. Es besteht also inzwischen ein relativ breiter Konsens darüber, dass die Einrichtung von Betreuungsplätzen eine staatliche Aufgabe sein soll.

Tabelle 2 zeigt die Befunde für zwei Items, die auf das für die politische Diskussion in Deutschland im Allgemeinen und für Ostdeutschland im Beson-

	Einkommensungleichheit ...	
	ungerecht	Reduktion
Ostdeutschland	0.935***	1.550***
untere Dienstklasse	-0.085	0.268*
einfache Angestellte	0.247	0.419**
Fach-/Vorarbeiter	0.117	0.647**
einfache Arbeiter	0.432*	0.770***
Selbständige	-0.216	0.267*
Ost: untere Dienstklasse	0.111	0.111
Ost: einfache Angestellte	-0.230	0.129
Ost: Fach-/Vorarbeiter	0.390	0.366
Ost: einfache Arbeiter	-0.240	0.098
Ost: Selbständige	0.557	0.557
einfache Bildung	0.348	0.438**
mittlere Bildung	0.152	0.307***
Ost: einfache Bildung	0.887*	-0.713*
Ost: mittlere Bildung	0.060	-0.349**
Nachkrieg	0.089	0.189
1980+	0.066	-0.065
Ost: Nachkrieg	-0.341*	-0.548*
Ost: 1980+	-0.425*	-0.443
männlich	-0.053	-0.136
Ost: männlich	-0.195	0.076
Arbeitslosigkeit (5J)	-0.041	0.654***
Ost: Arbeitslosigkeit (5J)	0.151	-0.253
Kind im HH	0.045	0.079
Ost: Kind im HH	-0.060	-0.109
männlich: Kind im HH	-0.148	-0.166
Ost/männlich: Kind im HH	-0.026	0.183
Cutpoint 1	-3.909***	-2.850***
Cutpoint 2	-1.073***	-0.622***
Cutpoint 3	0.152	0.261
Cutpoint 4	2.921***	2.501***
<i>N</i>	2353	2346
Pseudo R ² (McFadden Adj.)	0.000	0.025
Pseudo R ² (McKelvey & Zavoina)	0.066	0.128
∅ Ost-West (% stimme stark zu)	0.059	0.178

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$; robuste Standardfehler, Bundesländer als Cluster

Tabelle 2: Gerechtigkeit Einkommensverteilung

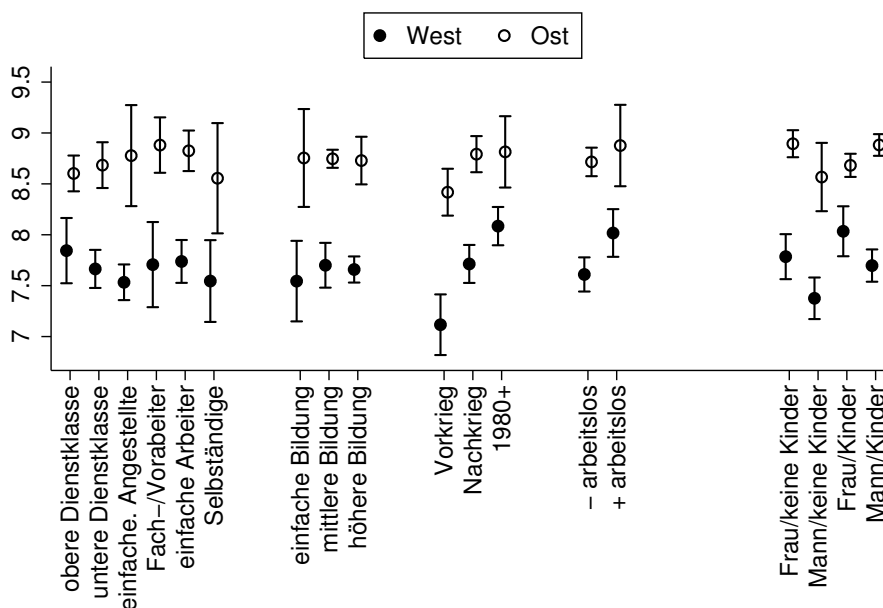


Abbildung 2: Erwartete Werte für ausgewählte Gruppen: Staat für Betreuungsplätze verantwortlich (1 = „auf keinen Fall“; 11 = „voll und ganz“)

deren zentrale Thema der „sozialen Gerechtigkeit“ – hier: die Akzeptanz für eine Ungleichheit der Einkommensverteilung – abzielen. Dabei thematisiert das erste Item direkt den Gerechtigkeitsaspekt, („Damit eine Gesellschaft gerecht ist, sollten die Unterschiede im Lebensstandard der Menschen gering sein“), während das zweite Item komplementär dazu aus der real vorhandenen Ungleichheit einen Anspruch auf staatliches Handeln ableitet („Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu verringern“). Da die fünf Antwortvorgaben von „stimme stark zu“ bis „lehne stark ab“ eher als Ordinal- denn als Intervallskala zu betrachten sind, wurden hier ordinale logistische Modelle geschätzt, was die Interpretation etwas erschwert.

Festzuhalten ist zunächst, dass sich in beiden Landesteilen etwa ein knappes Fünftel (Ost) bzw. fast ein Drittel (West) der Befragten am neutralen Punkt der Antwortskala verortet. Relative große Minderheiten von einem Fünftel (West) bzw. einem Sechstel (Ost) empfindet Einkommensunterschiede als akzeptabel, während eine knappe (West) bzw. große (Ost) Mehrheit Einkommensunterschiede als ungerecht betrachtet. Diese Auffassung wird im Osten zudem tendenziell mit mehr Emphase vertreten.

Die linke Spalte von Tabelle 2 zeigt, dass einfache Arbeiter, Ostdeutsche und Menschen mit einfacher Bildung die Einkommensunterschiede in der Tendenz als weniger gerecht empfinden als andere Befragte. Insgesamt ist die Erklärungskraft des Modells aber recht gering, wie an den eher niedrigen Pseudo- R^2 -Werten abzulesen ist.

Aufgrund der ordinalen und non-linearen Struktur des Modells ergibt sich für jede der fünf Antwortkategorien ein eigener AME der Regionszugehörigkeit. In

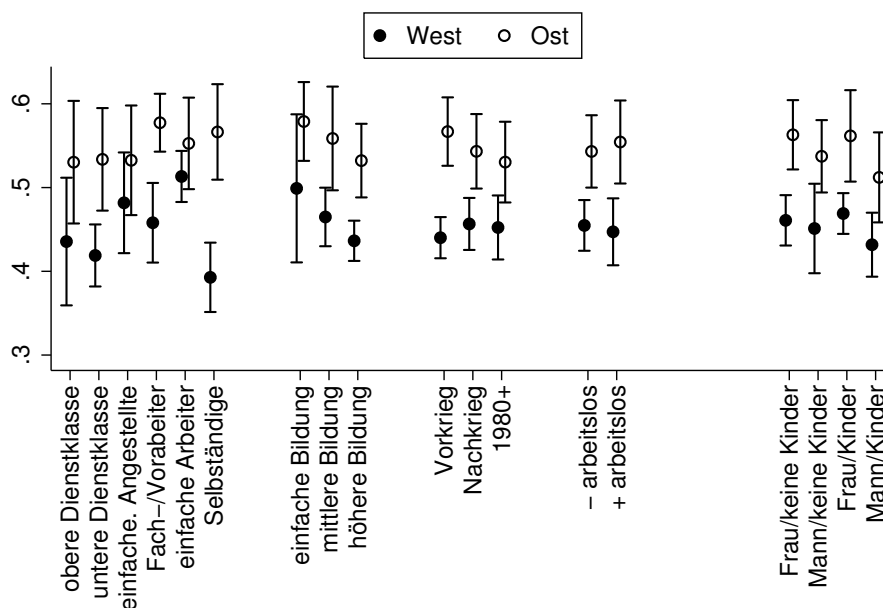


Abbildung 3: Erwartete Werte für ausgewählte Gruppen: Einkommensungleichheit ungerecht – Wahrscheinlichkeit „stimme zu“

der Tabelle ausgewiesen ist der Wert für die extremste Antwortvorgabe („stimme stark zu“). Dieser liegt bei 0,059, d. h. die Eigenschaft, Ostdeutscher zu sein, erhöht im Mittel die Wahrscheinlichkeit, dass ein Befragter die Einkommensstruktur als extrem ungerecht empfindet, um knapp sechs Prozentpunkte.

Abbildung 3 zeigt über alle untersuchten Gruppen hinweg die erwarteten Raten für die einfache Zustimmung. Diese sind im Osten durchgehend und häufig auch im statistischen Sinne signifikant höher als im Westen, während innerhalb der Regionen keine signifikanten Unterschiede zwischen den sozialen Gruppen auftreten. Auffällig sind vor allem die klaren Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Selbständigen, aber auch zwischen den Angehörigen der Vorkriegsgeneration in beiden Regionen. Davon abgesehen muss aber nochmals darauf hingewiesen werden, dass sich in der Grafik die weitverbreitete Skepsis gegenüber großen Einkommensunterschieden in *beiden* Landesteilen ablesen lässt.

Sehr deutlich unterscheiden sich allerdings die Konsequenzen, die alte und neue Bundesbürger aus dieser Einstellung ziehen: Der Aussage, der Staat solle „Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu verringern“ stimmen die Ostdeutschen (noch) weitaus stärker zu als die Westdeutschen. Bezogen auf die Kategorie „stimme voll zu“ beträgt der mittlere Unterschied zwischen Ost und West rund 18 Prozentpunkte, wie sich ganz unten rechts in Tabelle 2 ablesen lässt.

Auch hier erleichtert eine graphische Darstellung die Interpretation der Befunde sehr. Wie in Abbildung 4 zu erkennen ist, unterscheiden sich über alle betrachteten Gruppen hinweg Ost- und Westdeutsche sehr deutlich. Einzige

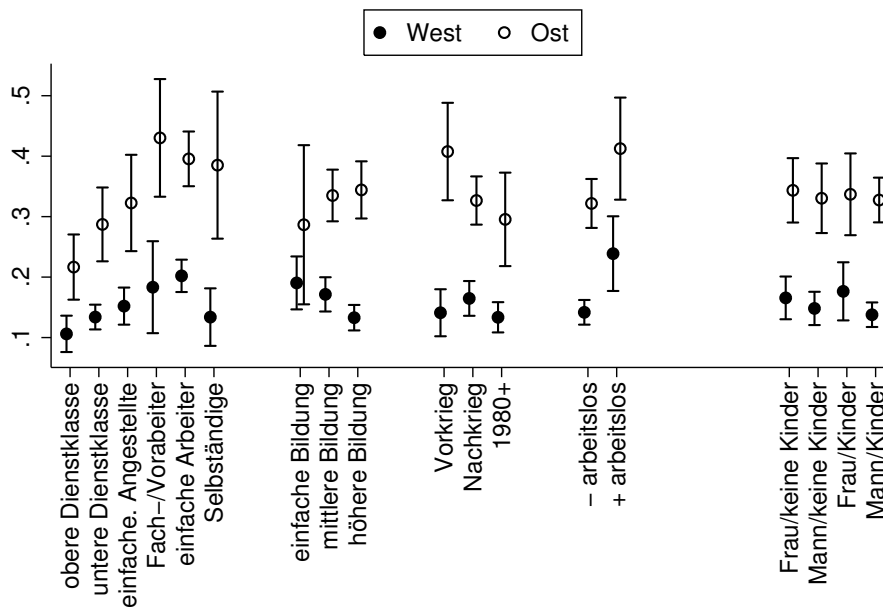


Abbildung 4: Erwartete Werte für ausgewählte Gruppen: Reduktion von Einkommensungleichheit Aufgabe des Staates – Wahrscheinlichkeit „stimme stark zu“

Ausnahme sind die Befragten mit einfacher Bildung. Innerhalb der Regionen sind die Unterschiede in den erwarteten Zustimmungsraten wiederum relativ gering und zumeist nicht signifikant. Lediglich die westdeutschen Arbeitslosen stimmen dem Item in dieser starken Form signifikant häufiger zu als jene westdeutschen Befragten, die innerhalb der letzten fünf Jahre nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren.

2.2.2 Bewertung der Systemleistungen

Im vorangegangenen Abschnitt wurden die teils recht deutlichen regionalen Unterschiede in den Erwartungen an den Staat bzw. die Regierung herausgearbeitet. Diese Ost-West-Differenzen werfen die Frage auf, ob und wie sich die Bewertungen der Systemleistungen in beiden Landesteilen unterscheiden. Dabei soll sich die Betrachtung auf zwei Items konzentrieren, die auf Themen abzielen, die im Zentrum der sozialpolitischen Diskussionen der letzten Jahre standen. Zum einen stellte sich vielen Bürgern im Zusammenhang mit den „Agenda“-Reformen die Frage (insbesondere mit Blick auf die Hartz IV-Sätze für Kinder), ob das Niveau der Sozialleistungen für wirklich Bedürftige noch ausreichend ist. Diese Problematik greift das Item „Die Sozialleistungen in Deutschland sind unzureichend, um den Menschen zu helfen, die wirklich in Not sind“ auf. Auch hier wurde den Befragten wieder eine fünfstufige Ratingskala vorgegeben.

Das zweite Item ist hingegen deutlich spezifischer gefasst und zielt auf das Problem der Jugendarbeitslosigkeit. Hier wurde gefragt, wie die Respondenten

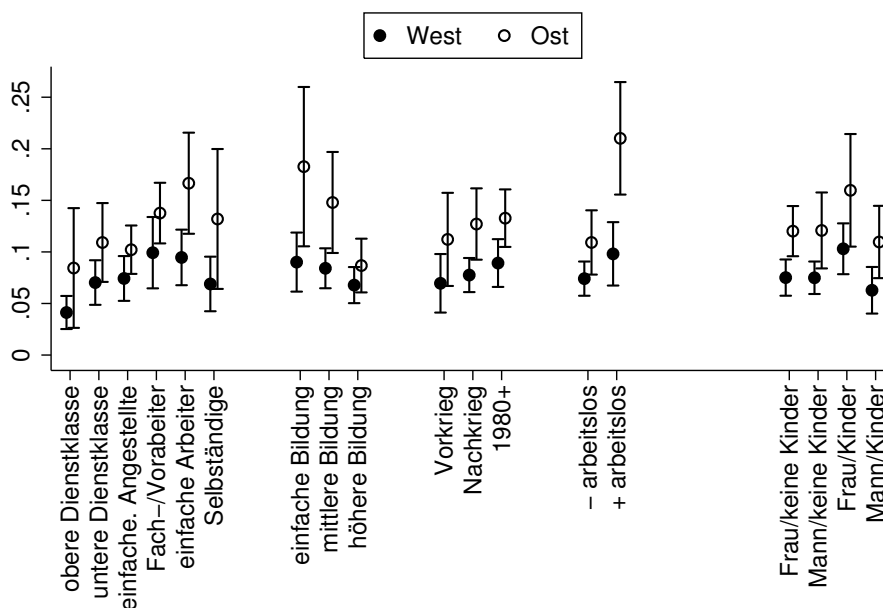


Abbildung 5: Erwartete Werte für ausgewählte Gruppen: Leistungen für Bedürftige adäquat – Wahrscheinlichkeit „lehne stark ab“

„im Großen und Ganzen die Chancen von jungen Menschen ein[schätzen], zum ersten Mal eine Stelle zu finden“. Dabei konnten sie ihre Antworten mit Werten zwischen 0 („äußerst schlecht“) und 10 („äußerst gut“) abstufen.

Die linke Spalte von Tabelle 3 zeigt zunächst die Schätzungen für das Bedürftigkeits-Item. Trotz der nach wie vor sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Umstände in beiden Landesteilen treten hier nur relativ schwache regionale Unterschiede auf.

Sehr deutlich ist dies in Abbildung 5 zu erkennen, die die erwarteten Zustimmungsraten für die extremste Antwortkategorie („lehne stark ab“) zeigt. Dabei haben Gruppenzugehörigkeiten kaum einen Einfluss auf das erwartete Antwortverhalten. Ost-West-Unterschiede sind zwar deutlich ausgeprägt, aber nur im Falle der Arbeitslosen signifikant. Von diesen lehnen in Ostdeutschland 20 Prozent die Aussage ab, während der westdeutsche Vergleichswert nur bei 10 Prozent liegt.

Die rechte Spalte von Tabelle 3 zeigt die Modellschätzungen für das Item zu den Chancen von Berufsanfängern.¹⁰ Aus dem relativ niedrigen (korrigierten) R^2 lässt sich ablesen, dass das Modell trotz der großen Zahl von Variablen nur einen relativ kleinen Teil der Antwortvarianz aufklären kann. Der AME beträgt hier 0.5 Skaleneinheiten, d. h. über alle Gruppen hinweg schätzen die Ostdeutschen die Aussichten von Berufseinsteigern geringfügig negativer ein als ihre westdeutschen Mitbürger.

¹⁰Da die Antwortvorgaben eine recht große Spannweite haben und als näherungsweise intervallskaliert betrachtet werden können, wurde ein einfaches lineares Regressionsmodell geschätzt.

	Leistungen adäquat für Bedürftige	Chancen von Berufsanfängern
Ostdeutschland	-0.367	-1.090**
untere Dienstklasse	-0.566***	-0.486**
einfache Angestellte	-0.625***	-0.585**
Fach-/Vorarbeiter	-0.945**	-0.936***
einfache Arbeiter	-0.892**	-0.871**
Selbständige	-0.545	-0.469
Ost: untere Dienstklasse	0.274	0.779*
Ost: einfache Angestellte	0.409	0.347
Ost: Fach-/Vorarbeiter	0.380	0.461
Ost: einfache Arbeiter	0.093	0.445
Ost: Selbständige	0.030	0.330
einfache Bildung	-0.311	-0.493**
mittlere Bildung	-0.235	-0.307*
Ost: einfache Bildung	-0.569	-0.416
Ost: mittlere Bildung	-0.384	-0.152
Nachkrieg	-0.119	-0.290
1980+	-0.273	-0.021
Ost: Nachkrieg	-0.030	0.442
Ost: 1980+	0.071	0.424
männlich	0.002	0.311**
Ost: männlich	-0.009	-0.303
Arbeitslosigkeit (5J)	-0.310	-0.791***
Ost: Arbeitslosigkeit (5J)	-0.492*	0.444*
Kind im HH	-0.351***	0.197
Ost: Kind im HH	0.002	-0.639
männlich: Kind im HH	0.542*	-0.082
Ost/männlich: Kind im HH	-0.079	0.905
Konstante		5.644***
Cutpoint 1	-3.504***	
Cutpoint 2	-1.058***	
Cutpoint 3	-0.098	
Cutpoint 4	3.009***	
<i>N</i>	2334	2360
Adj. R^2		0.080
Pseudo R^2 (McFadden Adj.)	0.012	
Pseudo R^2 (McKelvey & Zavoina)	0.095	
∅ Ost-West (% lehne stark ab/Punkte)	0.048	-0.500

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$; robuste Standardfehler, Bundesländer als Cluster

Tabelle 3: Adäquate Leistungen/Chancen

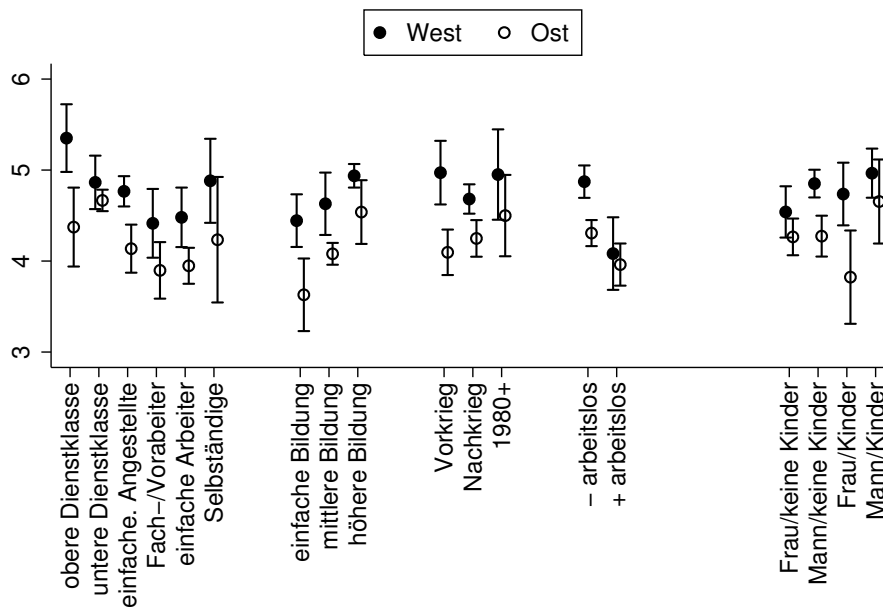


Abbildung 6: Erwartete Werte für ausgewählte Gruppen: Perspektiven junger Berufsanfänger (1 = „extrem schlecht“; 11 = „extrem gut“)

Abbildung 6 zeigt jedoch ein etwas differenzierteres Bild. Zunächst ist festzuhalten, dass zum Zeitpunkt der Umfrage die deutsche Öffentlichkeit generell einen eher negativen Eindruck von den beruflichen Perspektiven junger Menschen hatte: Der mittlere Skalenwert der Befragten liegt bei 4,6, also im negativen Bereich. Dies mag der zunächst unübersichtlichen Situation im Krisenjahr 2008 geschuldet sein, erscheint aber heute mit Blick auf den sich abzeichnenden Mangel an jungen Fachkräften als unangemessen pessimistisch. Darüber hinaus scheinen die persönlichen Umstände den Blick auf die Gesellschaft zu färben: Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen und Personen, die selbst nicht arbeitslos sind, nehmen ebenso wie die (westdeutschen) Mitglieder der oberen Dienstklasse die Lage etwas optimistischer wahr. Ost-West-Unterschiede sind (ebenso wie die Unterschiede innerhalb der Regionen) relativ schwach ausgeprägt und in den meisten Fällen nicht signifikant von Null verschieden. Bemerkenswert sind allerdings die regionalen Unterschiede innerhalb der oberen Dienstklasse sowie die sehr pessimistische Auffassung derjenigen Ostdeutschen, die selbst nicht von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Diese deutet auf ein hohes Maß von Bedrohungsgefühlen hin, die im nächsten Abschnitt näher untersucht werden.

2.2.3 Prävalenz von Problemen und subjektive Risiken

Der ESS enthält zwei Items, die sich auf ökonomische Bedrohungsgefühle beziehen: Gefragt wurde zum einen, für wie wahrscheinlich es die Befragten halten, „dass Sie in den nächsten 12 Monaten arbeitslos werden und mindestens vier

Wochen lang eine neue Stelle suchen müssen“, zum anderen, wie wahrscheinlich es sei, „dass es in den nächsten 12 Monaten Zeiten geben wird, in denen Sie nicht genug Geld für die Güter des täglichen Bedarfs ihres Haushalts haben werden“. Im Unterschied zu den bisher verwendeten Items wurden den Respondenten hier nur vier Antwortkategorien vorgegeben: „überhaupt nicht wahrscheinlich“, „nicht sehr wahrscheinlich“, „wahrscheinlich“ und „sehr wahrscheinlich“. Wegen dieser geringen Zahl von Antwortvorgaben werden hier wiederum ordinale logistische Modelle geschätzt.

Die linke Spalte von Tabelle 4 zeigt die Ergebnisse für das Item, das sich auf die Angst vor Arbeitslosigkeit bezieht. Dabei ergibt sich eine Besonderheit daraus, dass zum Zeitpunkt der Befragung die übergroße Mehrheit der Vorkriegsgeneration bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden war. Dies ist insofern unproblematisch, als im ESS-Fragebogen Personen, die nicht der Erwerbsbevölkerung angehören, ausgefiltert werden.¹¹ Die Schätzungen für die Vorkriegsgeneration beziehen sich in diesem Fall deshalb nur auf solche Befragte, die nach eigener Einschätzung noch am Erwerbsleben teilnehmen, d. h. entweder arbeiten oder nach Arbeit suchen.

Dennoch ist es wenig überraschend, dass diese Referenzgruppe sich insgesamt kaum durch Arbeitslosigkeit bedroht fühlt. Dementsprechend werden für die beiden anderen Altersgruppen sehr hohe Koeffizienten geschätzt. Dieser starke Effekt des Alters trägt sicher zu der sehr guten Modellanpassung bei. Auch die persönliche Erfahrung mit Arbeitslosigkeit spielt aber eine wichtige Rolle: In beiden Regionen schätzen Menschen, die innerhalb der letzten fünf Jahre arbeitslos waren, ihr persönliches Risiko als weitaus größer ein als andere Befragte dies tun.

Ost-West-Unterschiede spielen dabei allerdings kaum eine Rolle. Der AME der Regionszugehörigkeit liegt für die untere Extremkategorie (eigene Arbeitslosigkeit „sehr unwahrscheinlich“) bei nur sieben Prozentpunkten. Abbildung 7 zeigt, dass signifikante Ost-West-Unterschiede nur bei den einfachen Arbeitern, bei Männern mit Kindern im Haushalt und bei den nach 1980 geborenen Befragten auftreten. In allen drei Gruppen fühlen sich die Westdeutschen jeweils deutlich sicherer als ihre Mitbürger aus den neuen Ländern.

Die rechte Spalte von Tabelle 4 zeigt die Schätzungen für das Modell zur Vorhersage des subjektiven Armutsrisikos. Auch hier wird eine sehr gute Anpassung an die Daten erreicht. Auffällig sind hier zunächst die starken Effekte der sozialen Klasse: Verglichen mit der (oberen) Dienstklasse schätzen einfache Angestellte und Arbeiter ihr Armutsrisiko als deutlich höher ein. Noch stärker ausgeprägt ist der Effekt der Arbeitslosigkeit. Ebenfalls klar zu erkennen ist ein gender-spezifischer Effekt des Zusammenlebens mit Kindern: Frauen mit Kindern nehmen ihr Risiko als höher wahr als Frauen ohne Kinder. Bei Männern zeigt sich kein solcher Unterschied, was daran zu erkennen ist, dass die männerspezifische Interaktion vom Betrag her etwa dem Haupteffekt entspricht.

Ost-West-Unterschiede sind hingegen von untergeordneter Bedeutung. Der AME für die Antwortkategorie „Armut sehr unwahrscheinlich“ beträgt lediglich drei Prozentpunkte.

Auch hier lassen sich die Implikationen der Modellschätzungen am besten graphisch interpretieren. Abbildung 8 zeigt deshalb die erwarteten Ant-

¹¹Die Formulierung lautet: „niemals berufstätig gewesen **oder** nicht mehr berufstätig **und** nicht arbeitssuchend“.

	Subjektive Wahrscheinlichkeit für ...	
	Arbeitslosigkeit	Armut
Ostdeutschland	-0.589	-0.139
untere Dienstklasse	0.162	0.589***
einfache Angestellte	0.468	0.702*
Fach-/Vorarbeiter	0.737**	1.092***
einfache Arbeiter	0.620**	1.132***
Selbständige	0.067	0.605**
Ost: untere Dienstklasse	-0.033	-0.261
Ost: einfache Angestellte	0.037	0.005
Ost: Fach-/Vorarbeiter	-0.034	-0.506*
Ost: einfache Arbeiter	0.512	-0.017
Ost: Selbständige	-0.069	-0.568*
einfache Bildung	0.470	0.474*
mittlere Bildung	0.244**	0.106
Ost: einfache Bildung	-1.240**	-0.277
Ost: mittlere Bildung	0.289	0.269
Nachkrieg	1.816***	0.487*
1980+	1.769***	0.671**
Ost: Nachkrieg	0.751	0.245
Ost: 1980+	1.261	0.530
männlich	-0.081	-0.075
Ost: männlich	-0.141	0.050
Arbeitslosigkeit (5J)	1.909***	1.203***
Ost: Arbeitslosigkeit (5J)	-0.372	-0.101
Kind im HH	0.293*	0.457***
Ost: Kind im HH	0.032	0.487*
männlich: Kind im HH	-0.212*	-0.318
Ost/männlich: Kind im HH	0.529	-0.058
Cutpoint 1	2.324***	0.941***
Cutpoint 2	4.368***	3.441***
Cutpoint 3	5.471***	5.013***
N	1779	2352
Adj. R ²		
Pseudo R ² (McFadden Adj.)	0.072	0.039
Pseudo R ² (McKelvey & Zavoina)	0.261	0.155
∅ Ost-West (% sehr unwahrscheinlich)	-0.070	-0.031

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$; robuste Standardfehler, Bundesländer als Cluster

Tabelle 4: Gefühl subjektiver Bedrohung durch Arbeitslosigkeit und Armut

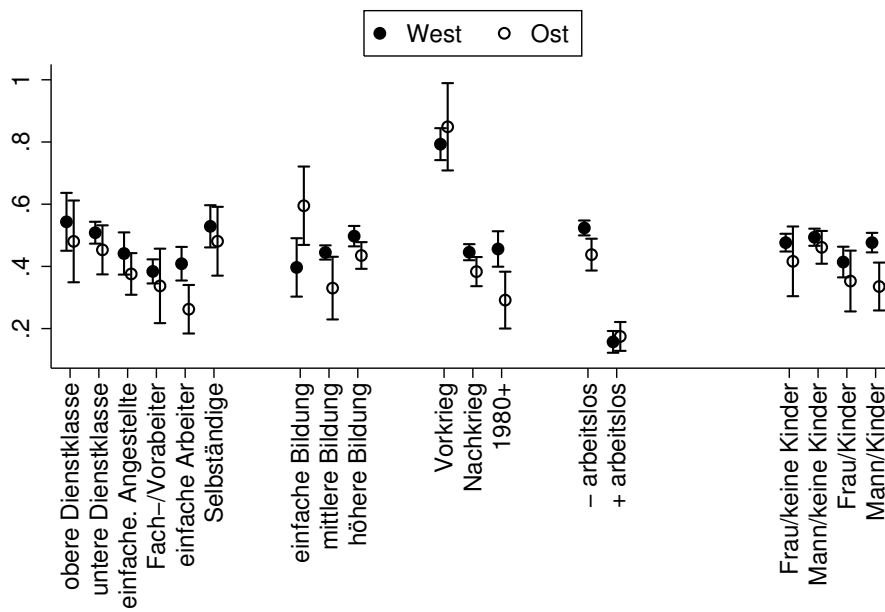


Abbildung 7: Erwartete Werte für ausgewählte Gruppen: Subjektives Risiko von Arbeitslosigkeit – „sehr unwahrscheinlich“

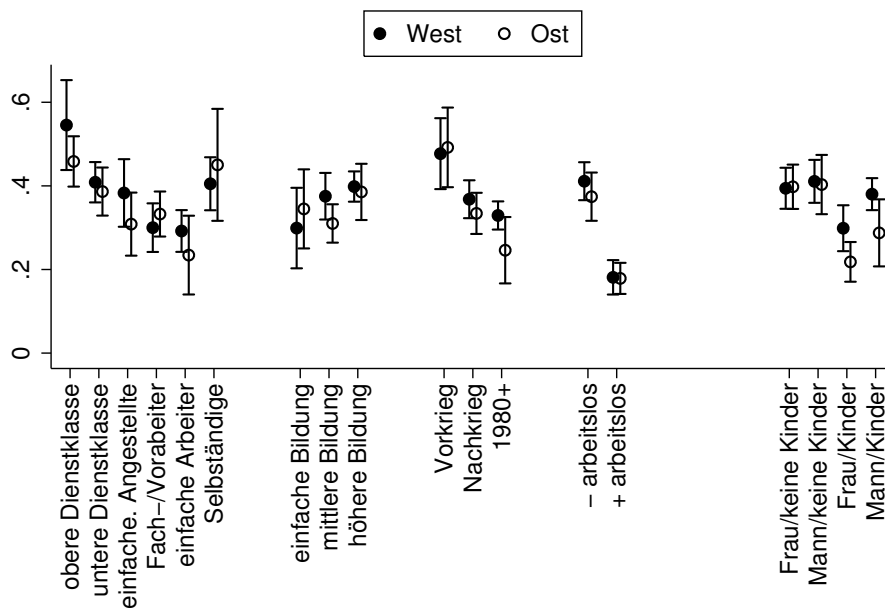


Abbildung 8: Erwartete Werte für ausgewählte Gruppen: Subjektives Risiko von Armut – „sehr unwahrscheinlich“

wortwahrscheinlichkeiten für die Kategorie „sehr unwahrscheinlich“. Hier ist zunächst deutlich zu sehen, dass in keiner der betrachteten Gruppen im statistischen Sinne signifikante Ost-West-Differenzen auftreten. Zweitens zeichnen sich die Effekte der Berufsklasse in beiden Regionen sehr klar ab. Drittens ist im rechten Teil der Grafik die subjektive Bedrohung der Frauen, die mit Kindern zusammenleben, zu erkennen. Es steht zu vermuten, dass dieser Effekt partiell durch die häufig prekäre Situation alleinerziehender Frauen zu erklären ist. Viertens schließlich zeichnet sich in beiden Regionen eine Kluft zwischen der Vorkriegsgeneration, die ihre finanzielle Lage als relativ sicher empfindet, und den jüngeren Altersgruppen ab.

Neben den Items, die sich auf individuelle subjektive soziale bzw. ökonomische Risiken beziehen, enthält der ESS zwei analoge Fragen die auf die Verbreitung dieser Probleme in der Bevölkerung abzielen.¹² Auf der im Fragetext angesprochenen Liste waren für den Bereich von Null bis 49 Prozent Intervalle mit einer Breite von jeweils fünf Punkten vorgegeben. Die letzte Kategorie lautete „50 Prozent und mehr“.

Diese Skalierung ist sicherlich für die im Mittel sehr hohen Schätzwerte mitverantwortlich. Zudem stellt sich die Frage nach einer angemessenen Modellierung, da die Intervalle relativ breit sind und das oberste Intervall nach rechts offen ist bzw. eine Breite von 50 Prozentpunkten hat. Für beide Variablen wurden deshalb Intervallregressionen geschätzt, die diesen besonderen Umständen Rechnung tragen. Dies hat den Vorteil, dass die Koeffizienten wie Schätzungen für eine lineare Regression zu interpretieren sind.

Die linke Spalte in Tabelle 5 zeigt die Ergebnisse. Obwohl für die meisten Gruppen Koeffizienten im Bereich von zwei bis sechs Prozentpunkten geschätzt werden, ist nur einer dieser Parameter, nämlich der Effekt des Geschlechts, signifikant von Null verschieden. Dies erklärt sich zum Teil aus der relativ großen Unsicherheit über den Wert, der tatsächlich hinter der Entscheidung für ein Intervall steht, bzw. aus der Breite der Intervalle. Der AME für die regionale Zugehörigkeit liegt bei 4,3 Prozentpunkten, d. h. bei weniger als einer Intervallbreite. Dementsprechend sind in Abbildung 9 auch keine signifikanten Regionaleffekte oder Differenzen innerhalb der Gruppen zu erkennen. Vielmehr überschätzen fast alle Befragten die Arbeitslosenquote in erheblichem Umfang.¹³

Auch die Zahl der Armen wird von den Befragten deutlich überschätzt. Anders als bei der Arbeitslosenquote ist es kaum möglich, amtliche Zahlen darüber zu finden, wieviele Menschen sich „Güter des täglichen Bedarfs“ nicht leisten können. Die Zahl der Bezieher von Hartz IV-Leistungen ist aber als brauchbare Annäherung zu betrachten. Diese lag im Befragungszeitraum bei rund 6,7 Millionen Menschen. Selbst wenn man von einer Dunkelziffer im Bereich von

¹²Der Fragetext lautete: „Was würden Sie sagen: Wie viele von 100 Personen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland sind arbeitslos und suchen eine Arbeit? Bitte wählen Sie Ihre Antwort aus Liste 27. Wenn Sie sich nicht sicher sind, bitte schätzen Sie“ bzw. „Und was würden Sie sagen: Wie viele von 100 Personen im arbeitsfähigen Alter in Deutschland haben nicht genug Geld für die Güter des täglichen Bedarfs? Denken Sie daran: wenn Sie sich nicht sicher sind, bitte schätzen Sie. Bitte benutzen Sie wieder Liste 27“.

¹³Die vom Statistischen Bundesamt errechnete Arbeitslosenquote für das gesamte Bundesgebiet lag im Mittel der Jahre 2008/9 bei acht Prozent. Die Werte für das alte und das neue Bundesgebiet betragen 6,7 bzw. 13,1 Prozent. Nur 20 Prozent der Befragten entschieden sich für das korrekte Intervall von fünf bis neun Prozent. Die relativ meisten (23 Prozent) der Befragten votierten für das Intervall von 10 bis 14 Prozent.

	Geschätzte Anteile von sozialen Gruppen:	
	Arbeitslose	Arme
Ostdeutschland	4.122	-1.870
untere Dienstklasse	1.089	1.889
einfache Angestellte	1.347	2.674
Fach-/Vorarbeiter	4.050	4.581
einfache Arbeiter	6.372	8.037**
Selbständige	2.288	2.574*
Ost: untere Dienstklasse	0.616	1.969
Ost: einfache Angestellte	1.901	-1.823
Ost: Fach-/Vorarbeiter	-0.369	-2.405
Ost: einfache Arbeiter	0.996	0.185
Ost: Selbständige	2.121	-3.913
einfache Bildung	3.925	3.585
mittlere Bildung	2.712	3.181
Ost: einfache Bildung	-0.555	3.154
Ost: mittlere Bildung	-1.065	1.876
Nachkrieg	-1.249	0.768
1980+	0.637	2.068
Ost: Nachkrieg	2.721	3.539
Ost: 1980+	-0.810	2.617
männlich	-4.323*	-4.236
Ost: männlich	-1.127	1.549
Arbeitslosigkeit (5J)	3.351	4.977
Ost: Arbeitslosigkeit (5J)	-1.687	-1.828
Kind im HH	1.501	-0.498
Ost: Kind im HH	-1.621	3.709**
männlich: Kind im HH	-0.672	2.143
Ost/männlich: Kind im HH	-3.675	-8.213
Konstante	17.326***	15.218***
ln(σ)	2.614***	2.677***
N	2333	2328
Pseudo R^2 (McFadden Adj.)	0.013	0.011
Pseudo R^2 (McKelvey & Zavoina)	0.123	0.116
\emptyset Ost-West (%)	4.302	2.255

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$; robuste Standardfehler, Bundesländer als Cluster

Tabelle 5: Wahrgenommene Prävalenz sozialer Gruppen

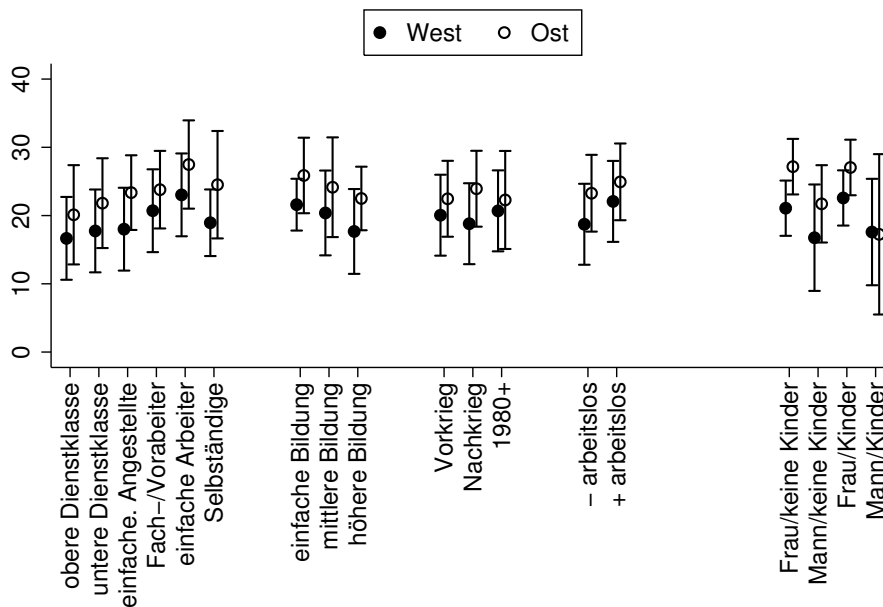


Abbildung 9: Erwartete Werte für ausgewählte Gruppen: Geschätzte Arbeitslosenquote

50 Prozent ausgeht, ergäbe sich daraus ein Bevölkerungsanteil¹⁴ von maximal 12 Prozent. Dies entspricht in etwa auch den Werten, die Lohmann und Gießelmann (2010, S. 302) auf Grundlage des SOEP errechnen. Hingegen liegt der Median der von den Befragten geschätzten Werte im vierten Intervall (15-19 Prozent).

Die rechte Spalte von Tabelle 5 zeigt die vollständigen Modellschätzungen. Signifikante Effekte ergeben sich hier nur für die einfachen Arbeiter, die Selbständigen und die Ostdeutschen mit Kindern. Der AME der Regionalzugehörigkeit liegt bei nur rund zwei Prozentpunkten.

Aus Abbildung 10 lässt sich ablesen, dass sich die sozialen Gruppen und die beiden Regionen in ihrer Einschätzung der Armutsquote im Grunde kaum voneinander unterscheiden. Zudem sind die erwarteten Werte mit relativ breiten Konfidenzintervallen behaftet.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass zumindest zum Zeitpunkt der Befragung das Ausmaß der sozialen Probleme in Deutschland von den Befragten relativ deutlich überschätzt wurde. Dabei lassen sich kaum systematische Muster nachweisen. Die subjektive Bedrohung durch Arbeitslosigkeit und Armut hingegen wird klar von individuellen Merkmalen wie der Berufsklasse, vorausgegangener Arbeitslosigkeit und der Kohortenzugehörigkeit beeinflusst, die auch objektiv einen Effekt auf diese Risiken haben. Ost-West-Differenzen spielen unter Kontrolle dieser Variablen so gut wie keine Rolle mehr.

¹⁴Die Frage im ESS bezieht sich auf Erwerbsbevölkerung.

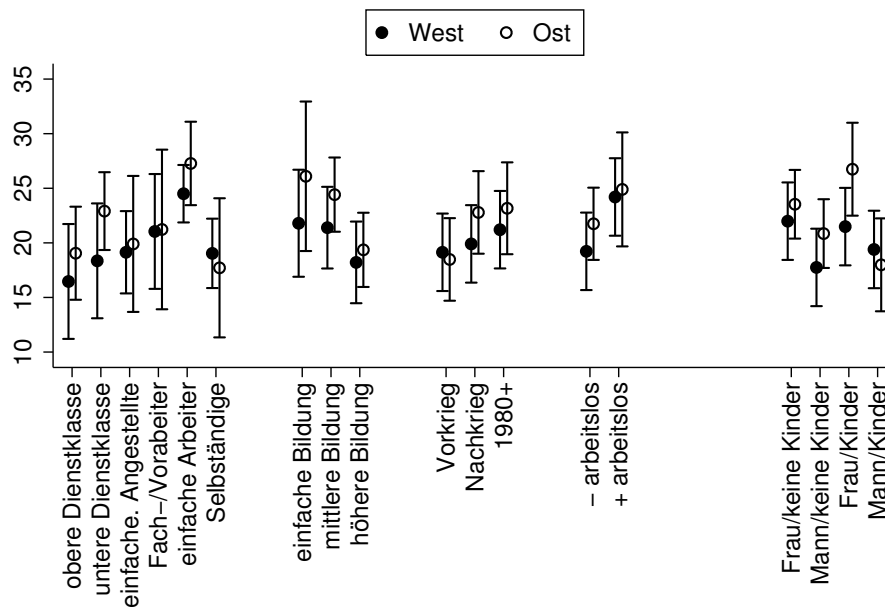


Abbildung 10: Erwartete Werte für ausgewählte Gruppen: Geschätzte Armutsquote

2.2.4 Nichtintendierte Folgen

Sozialpolitische Konflikte sind stets auch Verteilungskonflikte. Die öffentliche Debatte konzentriert in der Regel jedoch auf Fragen des Missbrauchs, der Fehlsteuerung und der Kapazität des Systems. Auch zu diesen Punkten enthält der ESS eine Reihe von Items, die in diesem und im folgenden Abschnitt analysiert werden. Eine erste Gruppe von Fragen bezieht sich dabei auf das Ausmaß des Sozialbetrugs beim Arbeitslosen- und Krankengeld.¹⁵

Die linke Spalte von Tabelle 6 zeigt die Schätzungen für ein entsprechendes ordinales Logit-Modell. Zunächst ist hier festzuhalten, dass das Modell insgesamt die empirische Verteilung der Antworten nur schlecht erklären kann. Zweitens gibt es hier in der Problemwahrnehmung von Ost- und Westdeutschen so gut wie keine Unterschiede: In beiden Regionen unterstellt eine Minderheit von etwa einem Drittel der Befragten den Arbeitslosen, dass diese in Wirklichkeit nicht arbeiten wollten. Bezogen auf die Kategorie „lehne stark ab“ beträgt die mittlere geschätzte Differenz zwischen Ost und West nur 0,2 Prozentpunkte.

Abbildung 11, in der die erwarteten Anteilswerte für die Ausprägung „stimme zu“ eingetragen sind, bestätigt diesen Eindruck. Zugleich zeigt die Grafik, dass es zumindest in Westdeutschland in der Beurteilung von Arbeitslosen sehr deutliche und auch statistisch signifikante Klassen- und Bildungsunterschiede gibt: Arbeiter und Selbständige beurteilen die angeblich fehlende Motivation der Arbeitslosen sehr viel kritischer als (leitende) Angestellte.

¹⁵Die Formulierungen lauten „Die meisten Arbeitslosen bemühen sich nicht wirklich, eine Stelle zu finden“, bzw. „Arbeitnehmer geben häufig vor, krank zu sein, um zu Hause bleiben zu können“.

	Unberechtigter Bezug von ...	
	ALG	Krankengeld
Ostdeutschland	-0.007	-0.561**
untere Dienstklasse	0.289***	0.141
einfache Angestellte	0.382**	0.151
Fach-/Vorarbeiter	0.945***	0.633**
einfache Arbeiter	0.807***	0.500
Selbständige	1.003***	0.582**
Ost: untere Dienstklasse	-0.167	0.416
Ost: einfache Angestellte	-0.178	0.226
Ost: Fach-/Vorarbeiter	-0.396	-0.405
Ost: einfache Arbeiter	-0.312	0.373
Ost: Selbständige	-0.226	0.155
einfache Bildung	0.686**	0.437*
mittlere Bildung	0.268*	0.253
Ost: einfache Bildung	-0.421	-0.738*
Ost: mittlere Bildung	-0.075	-0.319
Nachkrieg	-0.366***	-0.060
1980+	-0.086	0.164
Ost: Nachkrieg	0.448*	0.039
Ost: 1980+	0.341	0.619**
männlich	-0.100	0.209
Ost: männlich	-0.153	-0.211
Arbeitslosigkeit (5J)	-0.074	-0.267
Ost: Arbeitslosigkeit (5J)	-0.480**	-0.012
Kind im HH	-0.034	0.096
Ost: Kind im HH	-0.062	-0.192
männlich: Kind im HH	0.067	-0.482***
Ost/männlich: Kind im HH	0.031	1.010***
Cutpoint 1	-2.689***	-1.912***
Cutpoint 2	-0.124	0.618***
Cutpoint 3	1.016***	1.627***
Cutpoint 4	3.186***	4.290***
<i>N</i>	2353	2335
Pseudo R ² (McFadden Adj.)	-0.001	-0.003
Pseudo R ² (McKelvey & Zavoina)	0.056	0.056
∅ Ost-West (% lehne stark ab)	0.002	0.047

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$; robuste Standardfehler, Bundesländer als Cluster

Tabelle 6: Wahrgenommene Häufigkeit von Sozialbetrug

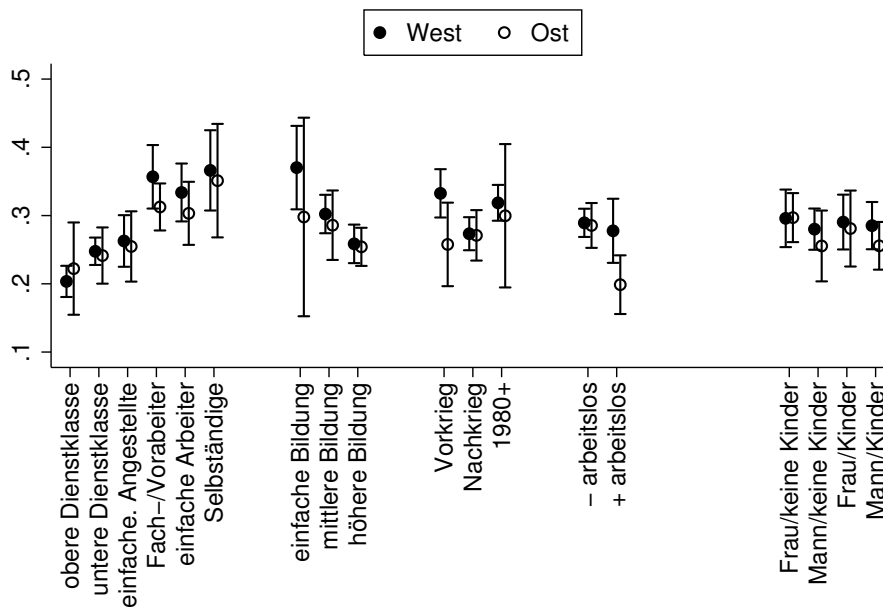


Abbildung 11: Erwartete Werte für ausgewählte Gruppen: Arbeitslose wollen nicht arbeiten – Wahrscheinlichkeit „stimme zu“

Etwas anders stellt sich die Lage bei der Einschätzung des Krankenstandes dar. Wie sich aus der rechten Spalte von Tabelle 6 ablesen lässt, beträgt der AME (berechnet für die Ausprägung „lehne stark ab“) hier knapp fünf Prozentpunkte.

Auch hier spielen Klassen- und Bildungseffekte eine gewisse Rolle. Diese sind aber – ebenso wie die Ost-West-Differenzen – nur in wenigen Fällen signifikant, wie in Abbildung 12 abzulesen ist.

Dies gilt in ganz ähnlicher Weise auch für die Einschätzung von nichtintendierten Folgen von Sozialpolitik.¹⁶ Tabelle 7 zeigt die Schätzungen für ordinale logistische Modelle, die sich auf drei angebliche negative Konsequenzen von Sozialpolitik beziehen. Auch hier lassen sich kaum systematische Unterschiede zwischen den Gruppen und Regionen nachweisen. Die relativ stärksten Effekte ergeben sich bei der Frage, ob die Menschen durch sozialpolitische Maßnahmen faul werden.

Abbildung 13 zeigt die erwarteten Antwortwahrscheinlichkeiten für die Kategorie „stimme zu“. Hier ist zunächst deutlich zu erkennen, dass in Westdeutschland wieder recht starke und statistisch signifikante Klasseneffekte auftreten: Arbeiter sehen auch in dieser Hinsicht den Sozialstaat kritischer als Angehörige der (oberen) Dienstklasse. Zugleich lassen sich nur sehr wenige deutliche Ost-West-Unterschiede nachweisen, nämlich bei den Menschen mit einfacher Bildung, bei

¹⁶Im ESS wurde u. a. gefragt, ob Sozialleistungen „die Volkswirtschaft zu stark [belasten]“, „die Menschen faul machen“ und „dazu beitragen, dass Menschen weniger dazu bereit sind, sich umeinander zu kümmern“. Auch hier konnten die Antworten wieder auf einer Fünferskala mit den Polen „stimme stark zu“ und „lehne stark ab“ abgestuft werden.

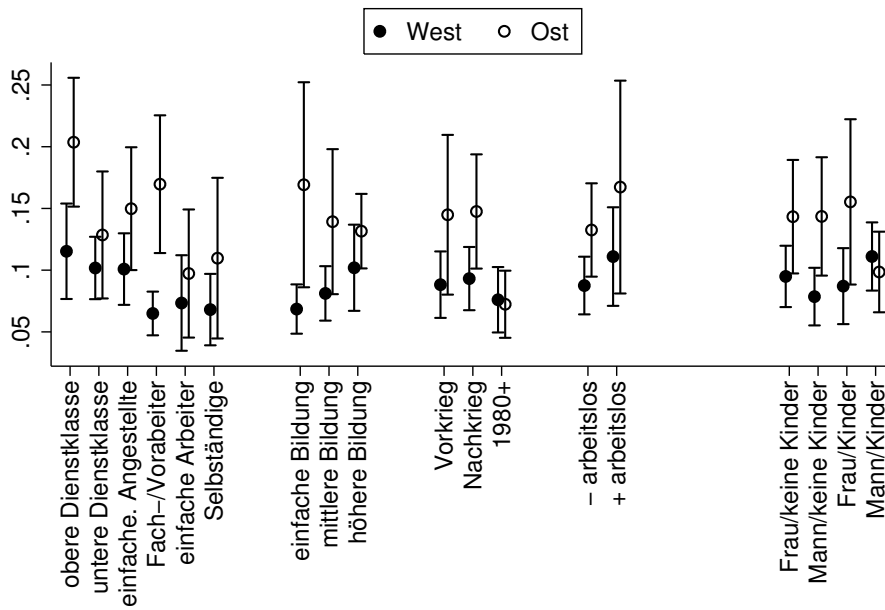


Abbildung 12: Erwartete Werte für ausgewählte Gruppen: Kranke nicht wirklich krank – Wahrscheinlichkeit „lehne stark ab“

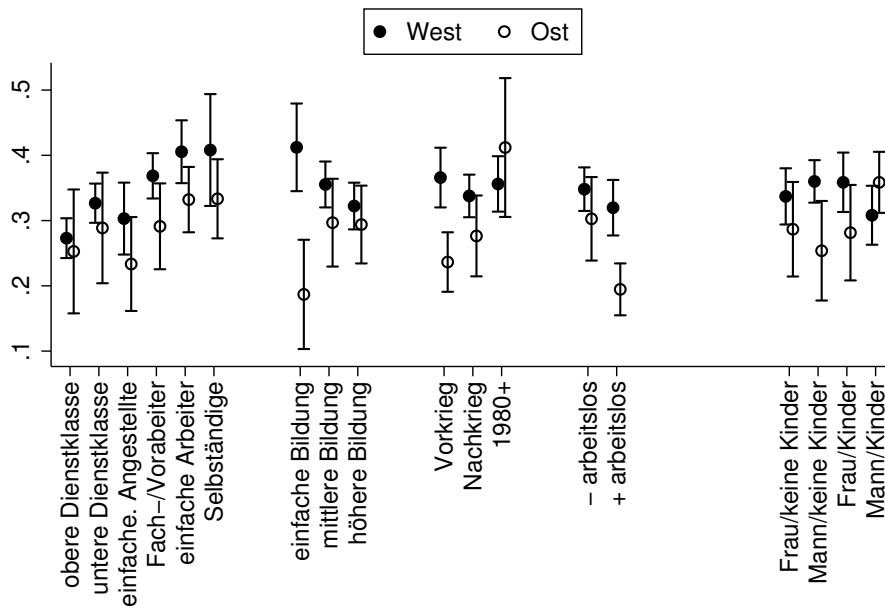


Abbildung 13: Erwartete Werte für ausgewählte Gruppen: Sozialpolitik macht Menschen faul – Wahrscheinlichkeit „stimme zu“

	für Wirtschaft	Negative Folgen ... Faulheit	Gleichgültigkeit
Ostdeutschland	-0.022	-0.281	-0.417*
untere Dienstklasse	0.017	0.305***	0.361**
einfache Angestellte	0.128	0.172	0.172
Fach-/Vorarbeiter	0.067	0.542***	0.475***
einfache Arbeiter	0.199	0.758***	0.525***
Selbständige	0.470**	0.774**	0.781**
Ost: untere Dienstklasse	0.122	-0.086	0.044
Ost: einfache Angestellte	0.115	-0.294	-0.443
Ost: Fach-/Vorarbeiter	0.233	-0.308	-0.416*
Ost: einfache Arbeiter	0.341	-0.282	-0.309
Ost: Selbständige	0.488	-0.291	-0.448
einfache Bildung	0.236	0.530**	-0.137
mittlere Bildung	0.274*	0.189*	0.091*
Ost: einfache Bildung	-0.927*	-1.225***	-0.339
Ost: mittlere Bildung	-0.646**	-0.172	0.021
Nachkrieg	0.007	-0.165	-0.426**
1980+	-0.212	-0.058	-0.408***
Ost: Nachkrieg	-0.115	0.412*	0.385
Ost: 1980+	0.333	1.122**	0.797*
männlich	0.067	0.134	0.190*
Ost: männlich	-0.187	-0.334	-0.261
Arbeitslosigkeit (5J)	-0.176	-0.166	-0.161
Ost: Arbeitslosigkeit (5J)	-0.067	-0.522**	-0.286
Kind im HH	-0.189	0.126	-0.042
Ost: Kind im HH	0.109	-0.157	0.133
männlich: Kind im HH	0.296	-0.428***	-0.152
Ost/männlich: Kind im HH	-0.023	1.084***	0.363
Cutpoint 1	-2.636***	-2.314***	-3.157***
Cutpoint 2	-0.679***	-0.453**	-0.847***
Cutpoint 3	0.630***	0.789***	0.293
Cutpoint 4	3.304***	3.094***	3.055***
<i>N</i>	2316	2357	2340
Pseudo R ² (McFadden Adj.)	-0.013	-0.000	-0.008
Pseudo R ² (McKelvey & Zavoina)	0.027	0.059	0.040
∅ Ost-West (% lehne stark ab)	-0.011	-0.017	-0.014

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$; robuste Standardfehler, Bundesländer als Cluster

Tabelle 7: Negative Folgen von Sozialpolitik

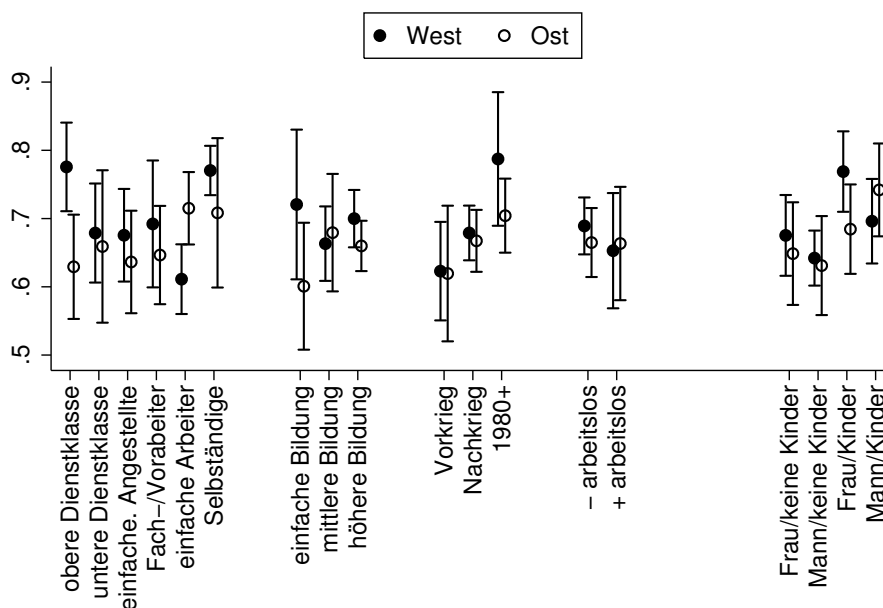


Abbildung 14: Erwartete Werte für ausgewählte Gruppen: Wahrscheinlichkeit „Niveau der Renten kann nicht gehalten werden“

der Vorkriegsgeneration und bei den Arbeitslosen. Hier sind die Ostdeutschen jeweils sehr deutlich weniger skeptisch als die westdeutschen Vergleichsgruppen.

2.2.5 Belastbarkeit des Systems, Migration und traditionelle Geschlechterrollen

Kritisch eingestellt sind die Bürger in beiden Regionen auch hinsichtlich der nachhaltigen Finanzierung sozialpolitischer Maßnahmen, insbesondere der zukünftigen Renten. Rund zwei Drittel aller Befragten erwarten, dass das Niveau der Renten innerhalb der nächsten zehn Jahre nicht mehr zu halten sein werde.¹⁷ Auch hier hat das Modell aber eine sehr bescheidene Erklärungskraft, d. h. das Antwortverhalten wird nur in geringem Umfang von Gruppen- und Regionszugehörigkeit beeinflusst (Tabelle 8, linke Spalte). Dementsprechend beträgt der mittlere erwartete Effekt der Regionszugehörigkeit nur zwei Prozentpunkte.

Abbildung 14 zeigt ergänzend dazu, dass insbesondere die westdeutschen Angehörigen der oberen Dienstklasse und die westdeutschen Selbständigen sowie die einfachen Arbeiter in Ostdeutschland zu einer sehr skeptischen Betrachtung tendieren. Mit Blick auf die sehr breiten Konfidenzintervalle sollten diese Differenzen aber nicht überbewertet werden.

Mit Blick insbesondere auf die Finanzierung des Rentensystems werden vor allem drei Handlungsoptionen der Politik diskutiert: die Verlängerung der Le-

¹⁷Gefragt war, ob sich Deutschland das derzeitige Niveau von Renten und Pensionen weiterhin leisten könne, ob die Leistungen konstant bleiben würden oder sogar steigen könnten. Weniger als fünf Prozent der Befragten glaubten, dass steigende Altersbezüge finanzierbar seien. Diese Gruppe wurde hier aus der Betrachtung ausgeschlossen.

	Rente: nicht zukunftsfähig	Beitrag: Migranten
Ostdeutschland	-0.798**	-1.375**
untere Dienstklasse	-0.502	-0.405*
einfache Angestellte	-0.517***	-0.570*
Fach-/Vorarbeiter	-0.438	-0.774***
einfache Arbeiter	-0.804***	-0.699**
Selbständige	-0.030	-0.837**
Ost: untere Dienstklasse	0.633	0.664*
Ost: einfache Angestellte	0.547*	0.528
Ost: Fach-/Vorarbeiter	0.514	0.635
Ost: einfache Arbeiter	1.199***	0.273
Ost: Selbständige	0.393	0.001
einfache Bildung	0.103	-0.405
mittlere Bildung	-0.174	-0.242
Ost: einfache Bildung	-0.361	-0.025
Ost: mittlere Bildung	0.263	-0.220
Nachkrieg	0.253	0.119
1980+	0.826***	0.335*
Ost: Nachkrieg	-0.041	0.085
Ost: 1980+	-0.441	0.322
männlich	-0.152	-0.001
Ost: männlich	0.075	0.026
Arbeitslosigkeit (5J)	-0.170	-0.382***
Ost: Arbeitslosigkeit (5J)	0.163	0.178
Kind im HH	0.480**	-0.087
Ost: Kind im HH	-0.317	0.221
männlich: Kind im HH	-0.229*	0.144
Ost/männlich: Kind im HH	0.590*	-0.403
Konstante	1.033***	4.665***
<i>N</i>	2225	2235
Adj. R ²		0.080
Pseudo R ² (McFadden Adj.)	-0.029	
Pseudo R ² (McKelvey & Zavoina)	0.037	
∅ Ost-West (% ja/Punkte)	-0.020	-0.888

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$; robuste Standardfehler, Bundesländer als Cluster

Tabelle 8: Stabilität des Rentensystems

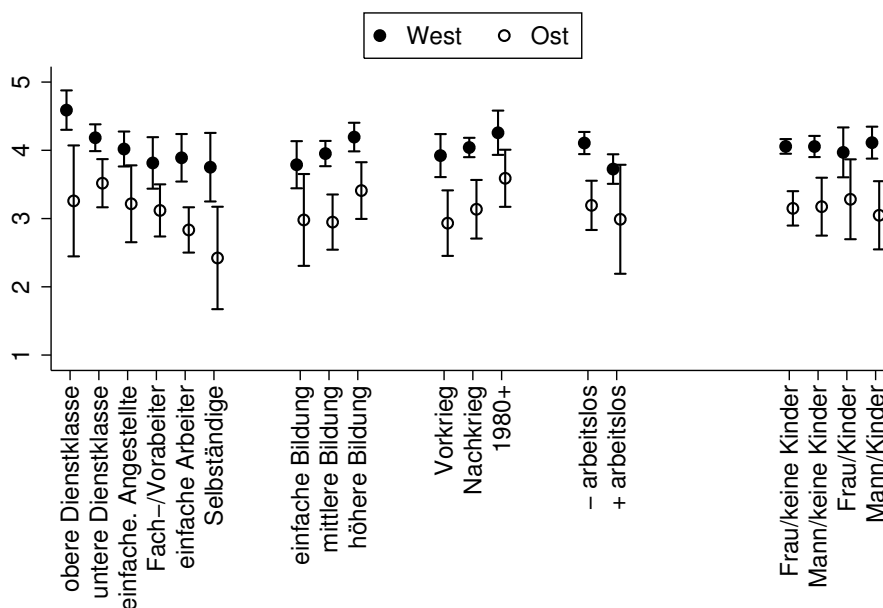


Abbildung 15: Erwartete Werte für ausgewählte Gruppen: Migranten tragen mehr bei, als sie kosten (1 = „profitieren sehr viel mehr als sie beitragen“; 11 = „tragen sehr viel mehr bei als sie profitieren“)

bensarbeitszeit, die verstärkte Rekrutierung von (qualifizierten) Zuwanderern und die weitere Anhebung der Frauenerwerbsquote. Die beiden letztgenannten Punkte können mit Items aus dem ESS zumindest näherungsweise abgebildet werden. So enthält der Fragebogen ein Item, das explizit danach fragt, ob die Sozialsysteme durch Zuwanderung be- oder entlastet werden.¹⁸ Zwar bezieht sich diese Frage auf jene Menschen, die bereits in Deutschland leben, und nicht auf etwaige hochqualifizierte Migranten, die in Zukunft angeworben werden könnten. Dennoch kann das Item als ein grober Indikator für die sozialpolitische Akzeptanz von Zuwanderung dienen.

Der rechte Teil von Tabelle 8 zeigt die Schätzungen für ein einfaches lineares Modell. Diese bestätigen im Wesentlichen die Erwartungen. Im Mittel wird der sozialpolitische Nutzen von Zuwanderung negativ bewertet. Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen bzw. gehobenen Berufen haben im Allgemeinen eine (etwas) positivere Einstellung zur Zuwanderung als die übrigen Befragten. Mit 0,9 Punkten auf der zehnstufigen Ratingskala ist der mittlere erwartete Regionaleffekt sehr stark ausgeprägt.

Abbildung 15 bestätigt dies: In fast allen Gruppen schätzen die ostdeutschen Befragten die sozialpolitischen Folgen der Zuwanderung (noch) negativer ein als ihre Mitbürger im Westen.

¹⁸ „Viele Menschen, die aus anderen Ländern nach Deutschland kommen, um hier zu leben, bezahlen Steuern und nehmen Sozialleistungen in Anspruch. Glauben Sie, dass die Menschen, die nach Deutschland kommen um hier zu leben, unterm Strich mehr bekommen als sie bezahlen oder mehr bezahlen als sie bekommen? Bitte benutzen Sie Liste 38. 0 bedeutet, dass

	Männer nicht bevorzugen	Frauen nicht benachteiligen
Ostdeutschland	-0.265	0.463
untere Dienstklasse	-0.445**	-0.134
einfache Angestellte	-0.641***	-0.182
Fach-/Vorarbeiter	-0.908***	-0.524**
einfache Arbeiter	-0.923***	-0.479*
Selbständige	-0.541*	-0.172
Ost: untere Dienstklasse	0.684**	0.341
Ost: einfache Angestellte	0.570*	0.286
Ost: Fach-/Vorarbeiter	0.205	0.127
Ost: einfache Arbeiter	0.127	0.136
Ost: Selbständige	0.300	-0.026
einfache Bildung	-0.879***	-0.382***
mittlere Bildung	-0.497***	-0.463**
Ost: einfache Bildung	0.616	-0.029
Ost: mittlere Bildung	0.321*	0.199
Nachkrieg	1.095***	0.779***
1980+	2.016***	0.907***
Ost: Nachkrieg	-0.376	-0.316
Ost: 1980+	-0.579*	-0.095
männlich	-0.723***	-0.267***
Ost: männlich	0.476**	0.250*
Arbeitslosigkeit (5J)	0.076	0.199
Ost: Arbeitslosigkeit (5J)	-0.206	-0.098
Kind im HH	0.066	-0.179
Ost: Kind im HH	0.235	0.289
männlich: Kind im HH	0.131	0.217
Ost/männlich: Kind im HH	-0.385	-0.189
Cutpoint 1	-4.101***	-2.718***
Cutpoint 2	-2.116***	-0.203
Cutpoint 3	-0.943**	0.859**
Cutpoint 4	0.912**	2.806***
<i>N</i>	2364	2360
Pseudo R ² (McFadden Adj.)	0.031	0.009
Pseudo R ² (McKelvey & Zavoina)	0.140	0.083
∅ Ost-West (% stimme zu)	0.013	0.102

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$; robuste Standardfehler, Bundesländer als Cluster

Tabelle 9: Traditionelle Geschlechterrollen

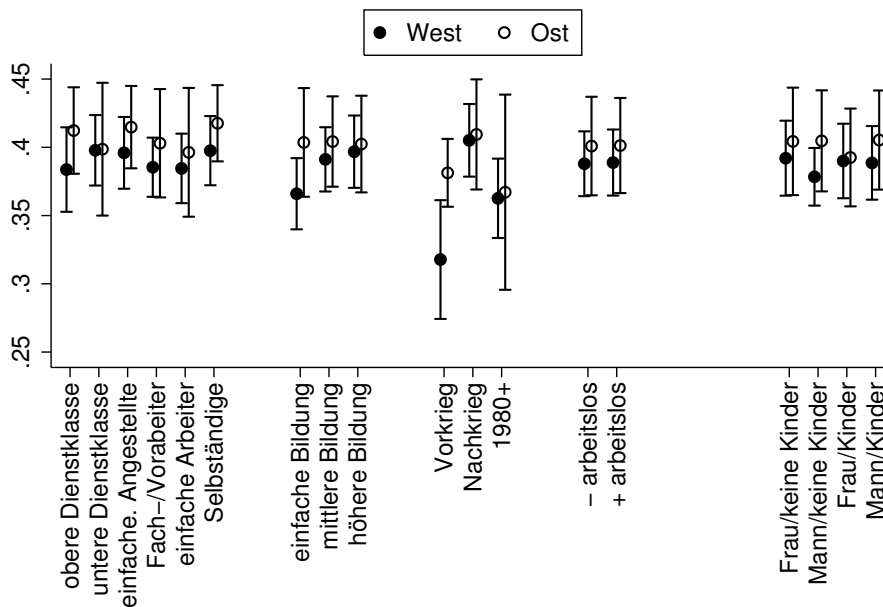


Abbildung 16: Erwartete Werte für ausgewählte Gruppen: Männer nicht bevorzugt – Wahrscheinlichkeit „stimme zu“

Die Dominanz negativer Einstellungen gegenüber Migranten in den neuen Ländern ist ein altbekannter Befund. Ebenfalls bekannt ist aber, dass als Folge unterschiedlicher Sozialisation traditionelle Vorstellungen von Erwerbsrollen in Ostdeutschland weniger verbreitet waren als im Westen (skeptisch zur praktischen Relevanz dieser Einstellungsunterschiede: Schreiber, 2010, S. 149–151). Der ESS enthält zu diesem Thema zwei Items, die explizit die Konkurrenz von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt thematisieren und sich einerseits in der Fragerichtung, andererseits aber auch im Bezugspunkt unterscheiden. Gefordert ist einmal der Verzicht zugunsten der eigenen Familie bzw. des Partners, andererseits die generelle Unterordnung unter die ökonomischen Interessen von Männern.¹⁹ Diese beiden Items sollen hier abschließend betrachtet werden.

Tabelle 9 zeigt die Ergebnisse für die zugehörigen ordinalen Logit-Modelle. In der linken Spalte sind die Schätzungen für die Frage nach der allgemeinen Bevorzugung von Männern eingetragen. Allgemein findet dieses Item wenig Zustimmung: Rund zwei Drittel der Befragten lehnen die Aussage ab, ein knappes Fünftel ist unentschieden, und nur ein knappes Siebtel befürwortet sie, zumeist aber nur schwach. Zustimmung kommt dabei vor allem von Arbeitern, Männern und Personen mit einfacher Bildung.

Die Ost-West-Unterschiede sind jedoch minimal: In der Kategorie „stimme zu“ beträgt der AME der Regionszugehörigkeit lediglich einen Prozentpunkt. In

sie viel mehr bekommen, und 10 bedeutet, dass sie viel mehr bezahlen.“

¹⁹„Eine Frau sollte dazu bereit sein, ihre Erwerbstätigkeit zu Gunsten ihrer Familie zu reduzieren“ und „Wenn Arbeitsplätze knapp sind, sollten Männer eher einen Anspruch auf einen Arbeitsplatz haben als Frauen“.

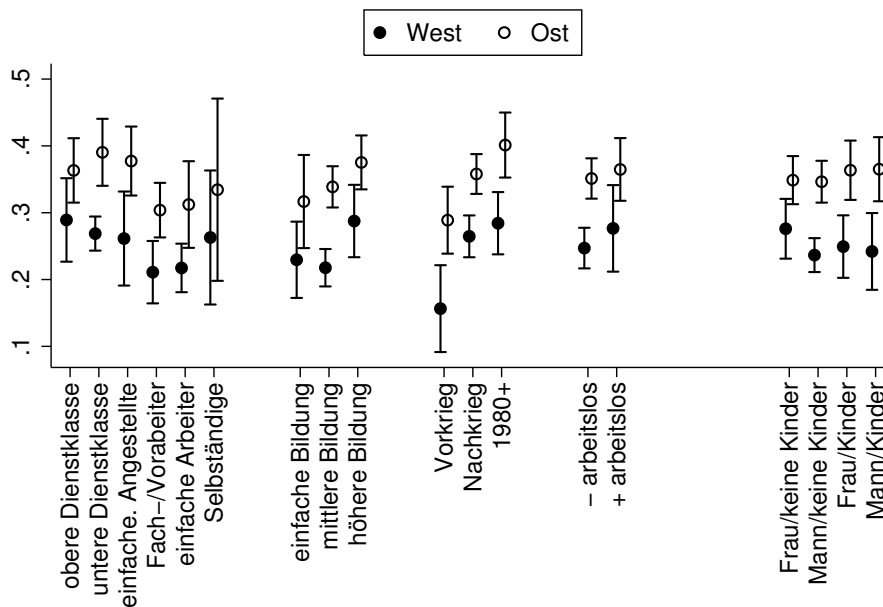


Abbildung 17: Erwartete Werte für ausgewählte Gruppen: Frauen nicht benachteiligen – Wahrscheinlichkeit „stimme zu“

Abbildung 16 ist zu erkennen, dass keine der Ost-West-Differenzen signifikant ist. Auffällig ist allerdings der vergleichsweise niedrige Wert für die westdeutsche Vorkriegsgeneration. Die Diskrepanz zwischen dieser Altersgruppe und den jüngeren westdeutschen Befragten fällt in der Kategorie „stimme stark zu“ noch deutlicher aus und ist maßgeblich für den insgesamt guten Modellfit mit verantwortlich.

Ein strukturell ähnliches, aber sehr viel klareres Bild ergibt sich für das zweite Item. Auch hier sind Arbeiter, Männer, Menschen mit einfacher Bildung und Angehörige der westdeutschen Vorkriegsgeneration weitaus konservativer eingestellt als andere Befragte. Allerdings treten die Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern weitaus deutlicher hervor. Der AME für die Ausprägung „stimme zu“ beträgt nun rund zehn Prozentpunkte. Wie aus Abbildung 17 ersichtlich ist, sind in der Mehrzahl der Gruppen die Ost-West-Differenzen statistisch signifikant. Auch der Kohorteneffekt in Westdeutschland ist sehr klar zu erkennen.

3 Fazit

Im Zentrum dieses Beitrages stand die Frage, ob sich rund zwanzig Jahre nach der staatlichen Vereinigung Deutschlands und im Schatten einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die bis weit ins bürgerliche Lager hinein Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft geweckt hat, die sozial- und wirtschaftspolitischen Einstellungen von Ost- und Westdeutschen angenähert haben. Die Analysen belegen, dass dies nur sehr bedingt der Fall ist.

So zeigte sich zunächst, dass in Ostdeutschland die *Erwartungen an den*

Staat nach wie vor deutlich höher sind als im Westen. Selbst wenn für eine ganze Reihe von Hintergrundvariablen kontrolliert wird, gibt es große und statistisch signifikante Ost-West-Differenzen in nahezu allen gesellschaftlichen Gruppen. Zwar dürfte der Kontext, d. h. die insgesamt höhere Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern, unabhängig von der persönlichen Betroffenheit hier einen gewissen Effekt haben. Insbesondere die Befunde zu den Wirkungen der Kohortenzugehörigkeit bzw. des Lebensalters deuten aber auf substantielle Sozialisations-effekte hin.

Ebenfalls sehr stark ausgeprägt sind die Unterschiede bei Items, die sich auf die *Ungleichheit der Einkommensverteilung beziehen*. Diese wird im Osten noch sehr viel stärker als im Westen als ungerecht empfunden. Vor allem aber neigen die Ostdeutschen sehr viel stärker zu der Meinung, dass die Reduktion von Einkommensunterschieden eine Aufgabe des Staates sei. Diese ostdeutschen Spezifika dürften wesentlich für den anhaltenden Erfolg der PDS und ihrer Nachfolgepartei verantwortlich sein.

Trotz dieser großen Unterschiede in den *Ansprüchen an den Staat* gibt es jedoch kaum systematische Differenzen in der *Beurteilung seiner Leistungsfähigkeit*. Dies zeigt sich einerseits bei der Frage, ob die Leistungen für wirklich Bedürftige angemessen seien, andererseits bei der Einschätzung der Perspektiven von Berufsanfängern. Beide Punkte werden von den Befragten weitgehend unabhängig von der Regionszugehörigkeit eher negativ eingeschätzt.

Ähnlich stellt sich die Lage bei der subjektiven *Bewertung individueller Risiken für Arbeitslosigkeit und Armut* dar. Diese werden in Ostdeutschland zwar meist etwas höher eingeschätzt. Die Differenzen sind jedoch kaum jemals signifikant und werden stark von den Effekten von Beruf, Bildung und vorheriger Arbeitslosigkeit überlagert.

Auch bei der *Wahrnehmung sozialer Probleme* gibt es kaum bedeutsame Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern. In beiden Regionen wird deren Ausmaß tendenziell deutlich überschätzt, ohne dass substantiell relevante und statistisch signifikante Regionaleffekte zu erkennen wären.

Ganz ähnlich stellt sich die Situation bei der Wahrnehmung *nichtintendierter Folgen sozialpolitischer Maßnahmen* (Sozialbetrug und Fehlanreize) dar: In beiden Regionen variieren die Meinungen dazu relativ unsystematisch und ohne ausgeprägte Ost-West-Gegensätze.

Dies gilt in gleicher Weise für die Einschätzungen zur *Zukunftsfähigkeit des Rentensystems*. Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern gehen die Befragten fast durchgängig davon aus, dass das gegenwärtige Leistungsniveau nicht zu halten sein wird. Deutliche Unterschiede zeigen sich hingegen bei den Einstellungen zu jenen Gruppen, die die sozialen Sicherungssysteme entlasten könnten: Der Beitrag von *Migranten* wird in Ostdeutschland noch etwas negativer eingeschätzt als im Westen. Umgekehrt haben die ostdeutschen Befragten nach wie vor eine deutlich positivere *Einstellung gegenüber berufstätigen Frauen*, wobei die Stärke des Effektes mit der Frageformulierung variiert.

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass sich die sozial- und wirtschaftspolitischen Einstellungen der Bürger in beiden Teilen Deutschlands vor allem im Bereich der grundlegenden Wertorientierungen zu unterscheiden scheinen. Dies deutet auf die fortdauernde Bedeutung langfristig stabiler Sozialisations-effekte hin, die möglicherweise auch in modifizierter Form an die jüngeren Generationen weitergegeben werden. Zugleich sind sich Ost- und Westdeutsche in der Wahrnehmung sozialer Probleme und in ihrer Einschätzung der Lei-

stungsfähigkeit der Sozialsysteme weitgehend einig, obwohl sich die wirtschaftlichen Umstände in alten und neuen Ländern nach wie vor deutlich voneinander unterscheiden. Inwieweit die real existierenden Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen (wahl)politisch wirksam werden, wird deshalb mit davon abhängen, innerhalb welchen Bezugsrahmens politische Probleme und Strategien präsentiert werden.

Literatur

- Arzheimer, Kai und Markus Klein (1997). “Die friedliche und die stille Revolution. Der Wandel gesellschaftspolitischer Wertorientierungen in Deutschland seit dem Beitritt der fünf neuen Länder”. In: *Politische Einstellungen und politisches Verhalten im Transformationsprozeß*. Hrsg. von Oscar W. Gabriel. Opladen: Leske und Budrich, S. 37–57.
- (2000). “Gesellschaftspolitische Wertorientierungen und Staatszielvorstellungen im Ost-West-Vergleich”. In: *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*. Hrsg. von Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger. Opladen: Leske und Budrich, S. 363–402.
- Arzheimer, Kai und Tatjana Rudi (2007). “Wertorientierungen und ideologische Einstellungen”. In: *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*. Hrsg. von Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel und Jürgen W. Falter. Baden-Baden: Nomos, S. 167–187.
- Bartus, Tamás (2005). “Estimation of Marginal Effects Using Margeff”. In: *The Stata Journal* 5.3, S. 309–329.
- Erikson, Robert, John H. Goldthorpe und Lucienne Portocarero (1979). “Intergenerational Class Mobility in Three Western European Societies. England, France and Sweden”. In: *British Journal of Sociology* 30, S. 415–441.
- Esping-Andersen, Gösta (1990). *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity.
- Falter, Jürgen W., Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger, Hrsg. (2000). *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*. Opladen: Leske und Budrich.
- Hrsg. (2005). *Wächst zusammen, was zusammen gehört?* Baden-Baden: Nomos.
- Falter, Jürgen W. und Markus Klein (2003). *Der lange Weg der Grünen*. München: Beck.
- Fuchs, Dieter (1997). “Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland”. In: *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Hrsg. von Oscar W. Gabriel. Bd. 3.3. Beiträge zu den Berichten zum politischen und sozialen Wandel in Ostdeutschland. Opladen: Leske und Budrich, S. 81–113.
- Fulbrook, Mary (2006). “Generationen und Kohorten in der DDR. Protagonisten und Widersacher des DDR-Systems aus der Perspektive biographischer Daten”. In: *Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur*. Hrsg. von Annegret Schüle, Thomas Ahbe und Rainer Gries. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 113–130.

- Gabriel, Oscar W. (1986). *Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Bd. 76. Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hrsg. (1997). *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Bd. 3.3. Beiträge zu den Berichten zum politischen und sozialen Wandel in Ostdeutschland. Opladen: Leske und Budrich.
- Gottschall, Karin und Katherine Bird (2003). “Family Leave Policies and Labor Market Segregation in Germany: Reinvention or Reform of the Male Breadwinner Model?” In: *Review of Policy Research* 20.1, S. 115–134. DOI: 10.1111/1541-1338.d01-7.
- Holtmann, Everhard (2009). “Die politische Vorgeschichte der vorgezogenen Bundestagswahl”. In: *Wahlen und Wähler*. Hrsg. von Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels und Jürgen W. Falter. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 15–39. DOI: 10.1007/978-3-531-91666-8_1.
- Hough, Dan, Michael Koß und Jonathan Olsen (2007). *The Left Party in Contemporary German Politics*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Inglehart, Ronald (1977). *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.
- King, Gary, Michael Tomz und Jason Wittenberg (2000). “Making the Most of Statistical Analysis. Improving Interpretation and Presentation”. In: *American Journal of Political Science* 44, S. 341–355.
- Lohmann, Henning und Marco Gießelmann (2010). “Armut von Erwerbstätigen in Ost- und Westdeutschland. Die Bedeutung von niedrigen Löhnen und unterschiedlichen Erwerbsmustern”. In: *Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010*. Hrsg. von Ilona Ostner und Peter Krause. Frankfurt/Main, New York: Campus, S. 299–311.
- Long, Scott J. und Jeremy Freese (2001). *Regression Models for Categorical Dependent Variables Using Stata*. College Station: Stata Press.
- Neller, Katja (2006). *DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politische Konnotationen*. VS.
- Noelle-Neumann, Elisabeth und Renate Köcher, Hrsg. (1997). *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993-1997*. München, Allensbach: K.G. Saur, Verlag für Demoskopie.
- Ohse, Marc-Dietrich (2006). “Jugend nach dem Mauerbau. Politische Normierung und Jugendprotest in der DDR 1961-1974”. In: *Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur*. Hrsg. von Annetta Schüle, Thomas Ahbe und Rainer Gries. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 217–228.
- Rattinger, Hans, Oscar W. Gabriel und Jürgen W. Falter, Hrsg. (2007). *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Roller, Edeltraud (1998). “Ist der Sozialstaat im vereinigten Deutschland überfordert? Wohlfahrtsansprüche in Ost- und Westdeutschland im Vergleich”. In: *Wohlfahrtsstaat. Krise und Reform im Vergleich*. Hrsg. von Josef Schmid und Reiner Niketta. Marburg: Metropolis, S. 85–111.
- Rucht, Dieter (1994). *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

- Schreiber, Norbert (2010). "Lebensbedingungen von Kindern in Ost- und Westdeutschland". In: *Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010*. Hrsg. von Ilona Ostner und Peter Krause. Frankfurt/Main, New York: Campus, S. 145–160.
- Zolleis, Udo und Julia Bartz (2010). "Die CDU in der Großen Koalition – Unbestimmt erfolgreich". In: *Die zweite Große Koalition*. Hrsg. von Christoph Egle und Reimut Zohlnhöfer. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 51–68.